

Die Entwicklung der DDR-Opposition in den achtziger Jahren

Vorwort

- I. Theoretische Zugänge und politische Voraussetzungen
 1. Subalternität und neuer Bund – Rudolf Bahro
 2. Freiheit des Christen und verbesserlicher Sozialismus – Heino Falcke
 3. Systemkonfrontation und Ökologisierung der Produktion – Edelbert Richter
 4. Vormundschaft und gesellschaftlicher Diskurs – Rolf Henrich
 5. Problematisierung der sozialistischen Ideologie in Deutschland-Ost
- II. Die Jahre 1981/82 und die Entstehung widerständiger Gruppen
 1. Der „Berliner Appell“ und die Neutralitätsthese Robert Havemanns
 2. Die Jugendbewegung – „Sozialer Friedensdienst“ und „Schwerter zu Pflugscharen“
 3. Von den Zirkeln zu den Gruppen
 4. Die Gemeindegruppen im Unterschied zu den unabhängigen Gruppen
- III. Politische Gruppierungen und die Formierung der Opposition 1989
 1. Selbstverständnis und Außenwirkung der unabhängigen Gruppen
 2. Die Netzwerke und die veränderte Rolle der Kirche
 3. Die Kulmination der politischen Ereignisse und der Dialog der Andersdenkenden
 4. Auf dem Weg in die Bürgerbewegung
- IV. Zusammenfassung
- Literaturverzeichnis
- Anhang

Vorwort

Die folgende Expertise widmet sich einem komplexen Thema, nämlich dem widerständigen Verhalten einzelner und verschiedener Gruppen bzw. informeller Zusammenschlüsse, die im Verlauf der achtziger Jahre zur Formierung einer erklärten Opposition gegenüber dem DDR-Staat und der herrschenden Staatspartei der SED führte. Der Verfasser möchte gleich zu Beginn seine Beteiligung an einigen Aktionen einräumen. Die Expertise soll daher nicht unter Absehung von eigenen Erlebnissen und Erfahrungen

erarbeitet werden, sondern diese aufnehmen, problematisieren und mit anderen Einschätzungen zum Thema konfrontieren. Dabei verwende ich über Jahre gesammelte zeitgeschichtliche Dokumente.

Zur Klärung der Voraussetzungen scheint mir notwendigerweise zu gehören, einige auf das Thema bezogene Aspekte der theoretischen Diskussion aufzunehmen. Die DDR-Opposition verfügte nicht über das intellektuelle Potential wie die vergleichbaren anderen Bewegungen ostmitteleuropäischer Staaten. Vor allem ist ein direkter Zusammenhang zwischen Theoriebildung und Reflexion auf der einen Seite sowie der Gruppenbildung und politischen Aktion auf der anderen Seite kaum zu erkennen. Daß aber dennoch Zusammenhänge zwischen politischer Theorie und Aktion bestehen, scheint mir gerade im Blick auf die vergleichsweise schwache DDR-Opposition eine interessante These zu sein. Nach Sichtung des Quellenmaterials und ausgewählter Sekundärliteratur zeichnen sich deutlich die Jahre 1981/82 und 1989 als Kristallisationspunkte widerständigen und oppositionellen Verhaltens ab. Wie sich nun die Initiativen im schwer durchschaubaren Gelände der zumeist kleinen Widerstandformen – man denke an Wahlverweigerung, Ausreiseanträge oder den Rückzug einzelner aus den sogenannten gesellschaftlichen Massenorganisationen – heute darstellen und welche Impulse aus jener Widerstandskultur bedeutsam bleiben, möchte ich fragen und erste Antworten versuchen. Im ganzen möchte ich versuchen, die Rezeption der Ideale, die den Widerstand begründeten, zu dokumentieren.

I. Theoretische Zugänge und politische Voraussetzungen

1. Subalternität und neuer Bund – Rudolf Bahro

Ein Wort ging um, nachdem im August 1977 Rudolf Bahros Kritik am real existierenden Sozialismus unter dem Titel „Die Alternative“ erschienen war. Das Wort hieß Subalternität. Bahro sprach weniger mit seiner marxistischen Analyse an. Vielmehr traf er mit diesem Wort das Selbstfinden eines großen Bevölkerungsteils, nämlich dem allgegenwärtigen Staat unter- bzw. eingeordnet zu sein. Gerade in den siebziger Jahren mit dem Machtantritt Erich Honeckers als Generalsekretär der SED sowie der Möglichkeit des visafreien Reiseverkehrs nach Polen und der CSSR hatten sich vage Hoffnungen auf eine Liberalisierung – und dies unter sozialistischen Vorzeichen – eingestellt. Subaltern, unterworfen der jeweiligen Dienst Einheit im Staat SED, empfanden sich viele bis hin zum Dorfpolizisten oder CDU-Gemeinderatsmitglied. Einer pyramidalen Herrschaft unterworfen – das war das Grundgefühl vieler Menschen sogar bis hinein in jene Staatspartei selbst.

„Die geschichtliche Aufgabe, von der ich spreche, ist die Überwindung

der Subalternität, der Daseinsform und Denkweise 'kleiner Leute'. Sie bedeutet in ihrem Kern Aufhebung der alten, vertikalen Arbeitsteilung, Umwälzung der ganzen mit ihr verbundenen Bedürfnisrichtung und -struktur. Sie geht einher mit der radikalen Veränderung aller unserer gewohnten Institutionen und Verfahrensweisen in Gesellschaft und Wirtschaft. Die massenhafte Überwindung der Subalternität ist die einzig mögliche Alternative zu der grenzenlosen Expansion der materiellen Bedürfnisse.“¹

Auch andere marxistische Termini wandte Bahro auf die Situation der DDR an – die Entfremdung der Individuen von der gesellschaftlichen Macht, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel durch eine kleine Partielite bzw. den Staatsmonopolismus, die Steuerung der Bedürfnisse unter den Produktivkräften. Insbesondere im 10. Kapitel „Bedingungen und Perspektiven der allgemeinen Emanzipation heute“ fallen Analyse und Entwurf für eine erneuerte Gesellschaft in eindringlicher Weise zusammen.²

Der Verfasser erinnert sich an eine Begebenheit, die etwas von der Wirkung des Buches deutlich macht. Am 7. Oktober 1978 fand in der Dresdner Weinbergskirche, Anfang der siebziger Jahre Zentrum der Offenen Jugendarbeit der Evangelischen Kirche in Sachsen, im Rahmen eines Abendgottesdienstes eine Lesung aus Bahros Buch statt. Ein Gefühl, daß hier einer die Wahrheit über unser Leben auszudrücken vermag, beherrschte den Raum. Pfarrer Eduard Berger, heute Bischof der Pommerschen Landeskirche, lud anschließend zur Diskussion ein. Wenige wagten zu sprechen, die persönlichen Konsequenzen wurden bewußt. Nur einer äußerte Kritik, daß man doch wohl mit einem kommunistischen Bund nicht mit der Illusion des Kommunismus fertig werden würde.

Im „Leseland DDR“, wie Hermann Kant und das „Neue Deutschland“ immer wieder einzuträufeln wußten, in der DDR also bildete sich spontan eine nicht zu überblickende Zahl von Lesegemeinschaften, kleinen Zirkeln, die das Buch von Bahro lasen und besprachen. Es gab schon solche informellen Kleingruppen, aber zu einer wirklich verbreiteten Erscheinung wurden sie erst mit dem Buch von Bahro. In Wohnungen, evangelischen Studentengemeinden, in Freundeskreisen wurden Bahros Thesen diskutiert – bei dem Umweltschützer Joachim Krause in Dresden, bei dem Wissenschaftler Jens Reich in Berlin, bei dem Studentenpfarrer Axel Noack in Merseburg. Erinnert sei hier auch an die vielen Mutigen, die Einzelexemplare oder auch abgepackte Kartons mit Bahros Büchern in die DDR schleusten. Letzteres war durchaus üblich. Das verhaltene Gespräch über Tatsache und Inhalt des Buches nahm unter kritischen Leuten eine weite Verbreitung ein, dennoch wurde das Werk keine Programmschrift für die Opposition.

1 Rudolf Bahro, *Die Alternative*, S. 321.

2 A.a.O., S. 299–361.

Im schon erwähnten 10. Kapitel seines Buches formulierte Bahro fünf Zielrichtungen, wie aus der Subalternität reale Gleichheit und damit gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben werden konnte. Als vierte Forderung steht „persönliche Kommunikation autonomer Gruppen“.³ Zusammenfassend meinte Bahro damit:

“...die Herstellung von Bedingungen für ein neues Gemeinschaftsleben auf der Basis autonomer Gruppenaktivitäten, um die sich erfüllte menschliche Beziehungen kristallisieren können, um von hier aus der Isolierung und Vereinsamung der Individuen in den Einzelzellen der modernen Arbeits-, Schul-, Familien- und Freizeitwelt eine Grenze zu setzen, ...“⁴

Im Zuge seiner marxistischen Theoriebildung erfaßte Bahro, daß ein Aufbruch aus der unabänderlichen Situation in der ummauerten DDR nur unter Mitwirkung eines jeden und im Rahmen kleiner Gruppen erfolgen könnte. Er dachte hier allerdings weder an die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ noch an die in den achtziger Jahren entstandenen unabhängigen und kirchlichen Gruppen, sondern an einen umwälzenden Vergesellschaftungsprozeß. Angestoßen werden sollte dieser Prozeß durch den „Bund der Kommunisten“, der entweder neben oder in der Partei zu gründen wäre. Unter der Überschrift der „Emanzipation“, einem auch in den achtziger Jahren unter den widerständigen Gruppen der DDR häufig gebrauchten Begriff, gipfelte die Illusion in folgender Behauptung:

„Aufgrund ihrer Autonomie werden schon die ersten konsistenten Kerne des neuen Bundes ihren Auftrag erfüllen, alle individuell kommunistischen Elemente geistig und emotional an sich heran- und von der offiziellen Struktur abzuziehen. Der Parteiapparat kann sie nicht halten, denn er steht seinem Wesen als starre Pyramide nach still, während die denkenden Elemente, von den Widersprüchen des Lebens angetrieben, dahin tendieren, immer 'exzentrischere' Positionen einzunehmen.“⁵

Bahros gelegentlicher Denkbezug zur Kirchengeschichte wird auch hier bemüht. Es gilt

“... für die Perspektive der Partei das Muster der Reformation in Anspruch zu nehmen. Das Wort drängt sich ja auch immer wieder auf. Man muß wissen, was man damit sagt. Reformation erreicht vielleicht nicht unbedingt, aber sie beabsichtigt immer Rekonstruktion, Wiederherstellung und Regeneration, Wiedergeburt, ist also wesentlich 'positiv', nicht selten jedoch mit letztlich konservativer Konsequenz wie beim Luthertum.“⁶

3 A.a.O., S. 349.

4 A.a.O., S. 325.

5 A.a. O., S. 411.

6 A.a. O., S. 412.

Interessant war nun, daß Bahro mit seinen Thesen eine Diskussion sowohl über die Entstehung von gesellschaftlichen Gruppen als auch über mögliche Aktionsformen angeregt hatte. Kommunistische Gruppen mit ernsthaftem Einfluß allerdings waren seither nicht zu vernehmen, und auch aus internen Kreisen der SED war nichts Wirksames über eine Reformation der sozialistischen DDR zu hören. Der Verfasser erinnert sich an die Ratlosigkeit, die sich nach der Lektüre einstellte: Wer sollte das tun, was Bahro forderte? Es gab keine Personengruppe, die sich seiner Ideen wirklich annahm. Festzuhalten bleibt aber, daß diejenigen, die sich mit der „Alternative“ befaßten, künftig dazu gedrängt wurden, von außen dem Machtanspruch der SED etwas entgegenzusetzen.

2. *Freiheit des Christen und verbesserlicher Sozialismus – Heino Falcke*

Ohne die evangelische Kirche in der DDR kritisch zu beleuchten bzw. ihren Versuch des Ausgleichs und der Mittlerrolle zwischen Gruppen und dem SED-Staat zu erhellen, kann das widerständige Verhalten und dessen zunehmende Selbstorganisation nicht verstanden werden. Daß sich die evangelische Kirche – in der DDR stärker als anderenorts in Tradition der Theologischen Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen (1934) und ihres Wortes vom freien und dankbaren Dienst an den Geschöpfen stehend – auf sozialetische Themen in kritischer Absicht einließ, ist insbesondere dem Erfurter Propst Heino Falcke zu danken. Die Selbstdefinition der evangelischen Kirche unter sozialistischen Bedingungen, nämlich nicht gegen oder neben, sondern im Sozialismus zu handeln, wurde in bestimmter Richtung verschoben. In seinem Synodalvortrag vor der Synode des DDR-Kirchenbundes in Dresden 1972 formulierte Falcke zwei späterhin geradezu geflügelte Worte, auf die sich kritische Christen zuweilen beriefen: die „konkret unterscheidende Mitarbeit“ und den „verbesserlichen Sozialismus“.

„Weder von Sozialisten noch von Antikommunisten können wir es uns nehmen lassen, unsere Gesellschaft im Licht der Christusverheißung zu verstehen. So werden wir frei von der Fixierung auf ein Selbstverständnis des Sozialismus, das nur noch ein pauschales Ja oder ein ebenso pauschales Nein zuläßt. Christus befreit aus der lähmenden Alternative zwischen prinzipieller Antistellung und unkritischem Sich-vereinnahmen-lassen zu konkret unterscheidender Mitarbeit.“

... Eben weil wir dem Sozialismus das Reich der Freiheit nicht abfordern müssen, treiben uns solche Erfahrungen nicht in die billige Totalkritik, die Ideal und Wirklichkeit des Sozialismus vergleicht und sich zynisch distanziert. Unter der Verheißung Christi werden wir unsere Gesellschaft nicht loslassen mit der engagierten Hoffnung eines verbesserlichen Sozialismus.

...Um der mündigen Mitarbeit willen wäre es wichtig, wenn unsere Ge-

sellschaft den Spielraum an offener Diskussion erweitert. Verantwortliche Mitarbeit wird angestrebt.

Würde die Bereitschaft dafür aber nicht wachsen, wenn auch 'heiße Eisen' offener diskutiert werden könnten, wenn Andersdenkende nicht sogleich als Falschdenkende behandelt würden, die erzogen und geschult werden müssen, sondern wenn man sie als mündige Partner achtete?“⁷

Unter der Voraussetzung der Akzeptanz einer sozialistischen DDR hob Falcke auf revisionistische Positionen ab. Dabei ging es ihm nicht um die Projektion des humanen Sozialismus bzw. „Sozialismus mit menschlichen Antlitz“, wie ihn Alexander Dubcek, Robert Havemann u.a. forderten. Falcke wollte Mündigkeit des einzelnen verstanden wissen als ein mit dem Menschsein verbundenes Recht, sich für Verbesserungen und ein humanes Leben einzusetzen. Allerdings gestand die Rede von der Mitarbeit selbst schon ein, daß der angebliche Partner nicht wirklich Partner sein konnte, ihm also Arbeit und das heißt Gestaltungsrechte in der Gesellschaft immer wieder abzurufen waren. Falcke rief mit seinem theologischen Vortrag vor der Synode die Kirche als Podium für ein gesellschaftlichpolitisches Gespräch aus. Die Rede vom „verbesserlichen Sozialismus“ machte ihn freilich in den Augen der SED zum revisionistischen Denker innerhalb der Kirche. Fortan verteidigte er in Aufsätzen und Reden die soziaethischen Gruppen und das friedensethische Engagement der Kirche. Seine leise und beständige Arbeit als Kirchenleitungsmitglied der Kirchenprovinz Sachsen seit 1973, als Mitglied des Ausschusses Kirche und Gesellschaft beim Bund der Evangelischen Kirchen seit 1960, als langjähriges Mitglied der Bundessynode und als einer der Organisatoren des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Umweltbewahrung half im Unterschied zu anderen Kirchenführern, daß die Kirche sich den aufflackernden Widerstandsbestrebungen öffnete.

3. *Systemkonfrontation und Ökologisierung der Produktion – Edelbert Richter*

Das Abschreckungs- und Bedrohungspotential der Atomwaffen und die Militarisierung der DDR-Gesellschaft provozierten in Körpersprache und Zeichenhandlung, Demonstration und spiritueller Aktion eine neue gesellschaftliche Mobilität. Widerständiges Handeln sammelte sich so um die Frage nach der Erhaltung des Friedens in Europa und Deutschland. Die SED sprach fortwährend vom Friedensstaat. Einerseits konnten unter dem Begriff des Friedens viele Menschen in Gruppen und Zusammenschlüssen gesammelt, andererseits in diesen Begriff hinein politische Theorien und widerständige Forderungen gegen das Regime intendiert werden. Einer der wenigen, die sich als Theoretiker in das verschlungene Netz der Gruppen einbinden ließen, war

7 Heino Falcke, Christus befreit – darum Kirche für andere, in: „Mit Gott Schritt halten“, S. 23, 24 u. 25.

Edelbert Richter. Der promovierte Theologe und Naumburger Studentenpfarrer lehrte in Privatzirkeln und dort auch vor SED-Genossen, in Friedensgruppen und auf regionalen Friedensseminaren, in Studentengemeinden und Akademikerkreisen. Mit dialektischer Methode bewegte er die Frage nach dem Verhältnis von christlichem Glauben und Demokratie, von protestantischer Ethik und marxistischer Gesellschaftslehre, von nationaler Identität und internationaler Friedensordnung. Er gehörte später zu den Gründern des „Demokratischen Aufbruch“, einer der Wendegruppierungen. Richter war, anders als Bahro und in Ansätzen Falcke, nicht darauf bedacht, für eine bestimmte Personengruppe bzw. einen handelnden Zusammenschluß, wie etwa die Kirche oder die mutmaßlich reformwilligen SED-Genossen, eine handlungsanleitende Analyse und Programmatik aufzustellen. Richter dachte und schrieb, und es kamen diejenigen, die mit seinem Denken fortan besser ihre politischen und sozialetischen Ziele formulieren konnten. Und diese waren eben zumeist Mitglieder aus Oppositionsgruppen. Im Laufe der achtziger Jahre arbeitete er an einem geistesgeschichtlich angelegten Werk, welches die Ziele für eine demokratische und ökologische Wende in der DDR und darin die Aufgabe der Christen zu formulieren gedachte. Dem Verfasser liegt dieses über Jahre hin gewachsene Manuskript vor. Ein Auszug daraus erschien im Juli 1989 unter dem Titel „Zweierlei Land – eine Lektion. Konsequenzen aus der deutschen Misere“ (Selbstverlag radix-blätter) in einer unabhängigen Verlagsproduktion. Die Auflage betrug seinerzeit 1.000 Exemplare, doch zu einer Diskussion um Richters Ansichten kam es in dem politisch ereignisreichen Jahr 1989 dann nicht mehr. Erst 1991 erschienen Teile des Manuskripts in zwei Büchern. Insbesondere seine deutschlandpolitischen Thesen korrigierte Richter in dem Essays „Erlangte Einheit – Verfehlte Identität“.⁸

Im Jahr 1985 wurde Richter von Mitgliedern aus unabhängigen und kirchlichen Friedensgruppen aufgefordert, zum 40. Jahrestag der Zerschlagung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems einen Denkansatz zu formulieren, der die gegenwärtige Friedensfrage und die drohende atomare Systemkonfrontation behandelt und eine gesellschaftspolitische Antwort formuliert. Richter nannte diesen Aufsatz „Zu den inneren Ursachen der Blockkonfrontation in Europa“⁹. Dieser Titel machte deutlich, daß der Autor die jeweilige innenpolitische Antwort auf systembedingte Gründe für die Blockkonfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt formulieren wollte. Mit diesem Denken verband sich somit erklärte Opposition gegen die Demokratieunfähigkeit des sowjetisch dominierten Systems in der DDR:

⁸ Edelbert Richter, Christentum und Demokratie in Deutschland. Beiträge zur geistigen Vorbereitung der Wende in der DDR, Leipzig und Weimar 1991; Erlangte Einheit – Verfehlte Identität. Auf der Suche nach den Grundlagen für eine neue deutsche Politik, Berlin 1991.

⁹ Der Aufsatz liegt im Typoskript vor.

„...Vermutlich werden die Ursachen richtig bestimmt, jedoch seltsamerweise jeweils allein beim Gegner entdeckt. Wie aber, wenn die westliche Ordnung nicht demokratisch und die östliche selber nicht sozialistisch wäre? Wenn man also das, was man als friedensgefährdend erkannt hat, auch bei sich selber entdecken müßte? Wie, wenn beide sich derart im Widerspruch zu sich selbst befänden? Dann käme unsere bedrohliche Situation genau dadurch zustande, daß jeder diesen Widerspruch, in dem er zu sich selbst steht, auf den anderen zurückführt und die fehlende eigene Glaubwürdigkeit durch Gewalt ersetzt! Und dann wäre es die Aufgabe der Friedensbewegung in den beiden Blöcken, diesen Projektionsmechanismus zu hinterfragen und jeden zu sich selbst (zur eigenen Sache) zurückzurufen. Unsere Hoffnung wäre dabei also: würde nur jeder seine Sache wieder einigermaßen glaubwürdig vertreten können (die sogenannten Demokraten die Demokratie, die sogenannten Sozialisten den Sozialismus), man brauchte um den Frieden nicht mehr besorgt zu sein.“

Richter antwortete auf die nach seiner Ansicht systemimmanenten Probleme mit dem Verweis auf das gestörte Verhältnis zur Natur:

„Wir können heute die Antwort geben: durch die Krise des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur, den 'Streik' der Natur einerseits und der Menschen andererseits.

Mit den gegensätzlichen zwischenmenschlichen Verhältnissen 'Demokratie' und 'Sozialismus' sind ja seltsamerweise nicht gegensätzliche, sondern durchaus gleichartige Verhältnisse zur Natur verbunden.

Wir ziehen daraus die Lehre: ein neues Verhältnis zwischen den menschlichen Gesellschaften setzt auch ein neues Verhältnis zur Natur voraus. Die Modelle, die in diese Richtung weisen, sind inzwischen bekannt: Organisches, qualitatives Wachstum; Ökologisierung der Produktion; Humanisierung der Arbeit; persönlichkeitsfördernde Technologie; Lebensqualität statt Lebensstandard usw. Und der Entscheidungsdruck, der auf dem hochindustrialisierten, bevölkerungsreichen und rohstoffarmen Territorium Mitteleuropas lastet, ist auch in dieser Hinsicht besonders groß.“

Richter dachte dialektisch, indem er die jeweiligen Vorzüge der Systeme, nämlich Demokratie und Sozialismus, gegen die jeweiligen Nachteile, nämlich Ausbeutung und Unfreiheit, setzte und aus den Vorzügen eine auf den einzelnen Menschen gezielte ökologische Politik formulierte. Das wirkte faszinierend auf viele Engagierte. Erstmals wurde begründet, daß friedenspolitisches Engagement gerade die Defizite und Wunden der eigenen Gesellschaft aufzudecken hat, daß Entspannungspolitik, friedliche Koexistenz oder Ausgleich zwischen Stabilität und Emanzipation nicht mehr die Problematisierung der Demokratiefeindlichkeit und der Menschenrechtsverletzungen in der DDR verhindern können. Richters Aufsatz wurde vielfach „abgezogen“, das heißt vervielfältigt, auch in Zeitungen und Zeitschriften des Westens aufgenommen und zitiert. Ich verhehle nicht, daß mir das zweiseitige, auf Gegensätze fixierte,

gewissermaßen duale Denken Richters auch fragwürdig war, aber für theoretisch interessierte Oppositionelle formulierte er die Verknüpfung der Friedens- mit der Demokratiefrage. Er konnte noch nicht wissen, daß damit, also von den gesellschaftlichen Problemzuständen her, die deutsche Frage für offen erklärt wurde – bekanntlich ein staatsfeindlicher Akt in der DDR. Mit dem Ende des Sozialismus sind seine Thesen nicht hinfällig geworden, freilich müssen sie als innenpolitische Fragen neu und mehrseitig bzw. komplexer behandelt werden. Selten schloß ein theoretisches Konstrukt mit Fragen. Richter wollte kritisches Denken anregen und hat selbst eine Frage gestellt, die seinen Aufsatz übertrifft.

„...Stimmt es überhaupt, daß die Dynamik des Kapitalismus einerseits und die Dynamik unkontrollierter politischer Herrschaft andererseits die Blockkonfrontation bewirken? Kann sich Kapitalismus nicht auch auf ökonomische Expansion beschränken? Und wird eine Demokratisierung des Staats nicht gerade seine Expansionskraft erhöhen?

...Trifft es denn zu, daß das außenpolitische Problem des Friedens sich heute als die bloße Kehrseite des Problems der Vereinigung von Sozialismus und Demokratie auf der Grundlage ökologisierter Produktion erweist?“

4. *Vormundschaft und gesellschaftlicher Diskurs – Rolf Henrich*

Gleich den Autoren Rudolf Bahro oder auch Robert Havemann kam Rolf Henrich auf einem langen Wege durch die Partei- und diese dann schließlich verlassend – zu seinen analytischen und programmatischen Feststellungen. Henrichs Buch „Der vormundschaftliche Staat“ erschien im April 1989.¹⁰ Das Buch spiegelte deutlich den beginnenden Ablösungsprozeß von der DDR, anders als bei den Autoren Bahro, Falcke und Richter. Bereits mit dem Titel kam Henrich auf den Kern der Sache: die Vormundschaft der SED gegenüber der Bevölkerung. Wollte Bahro das differenzierte System der subalternen Einordnung in die Machtpyramide von innen her aufbrechen, so verzichtete Henrich darauf, sich an eine soziale Schicht zu wenden, die sein Programm tragen sollte. Sein Buch- und so war wohl das Empfinden in großen Teilen der DDR-Bevölkerung in den Jahren 1988/89 – spiegelte einen Selbstappell an moralische Grundwerte wider. Aus heutiger Sicht hat Henrich das Vermächtnis des aufrechten Gangs zum Abschied von der DDR niedergelegt. Henrichs vorsichtiger Abschied vom Sozialismus und sein Appell an Kraft und Würde des einzelnen macht wie kein zweites Buch deutlich, von welcher Moral der kontinuierlich wachsende Widerstand gegen das SED-Stasi-System seit dem Honecker-Besuch im Sommer 1987 in Bonn getragen war. Seine Aussagen gerade im dritten und vierten Teil sind in theoretischer Hinsicht wenig

10 Rolf Henrich, *Der vormundschaftliche Staat*, Hamburg 1989.

ambitioniert und wollen nicht die Alternative für die bessere Gesellschaft vorzeichnen.

Dem Selbstverständnis von Richter vergleichbar, stellte der Autor abschließend Fragen unter dem Titel „Warum ich dieses Buch geschrieben habe?“ Die Diskussion, ein schichtenübergreifender Dialog über einen neuen gesellschaftlichen Konsens, stand ihm im Sinn. Henrichs Buch wirkte weniger handlungsanleitend und sinnstiftend als die Schriften anderer Autoren, man denke z. B. an Christa Wolf, Günter de Bruyn, Jürgen Fuchs oder auch die Liedermacher Wolf Biermann und Bettina Wegner. Auch konnten sich die Aktivisten nicht mit seiner Person identifizieren, wie das häufig etwa im Blick auf den Jesus der Bergpredigt, Martin Luther King oder Mahatma Ghandi und die Gewaltfreiheit, Dietrich Bonhoeffers Widerstand, Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, die Radikalität der Geschwister Scholl oder Petra Kellys zivilen Ungehorsam geschah. Der Autor Henrich beschrieb den selbst beschlossenen Auszug aus der DDR, ohne daß die damit verbundenen Konsequenzen wirklich schon reflektiert wurden. Er sagte über eine demokratisierte, rechtsstaatliche Gesellschaft:

„Jeder Reformbewegung im deutschen Staatssozialismus, die Änderungen in dieser Richtung bewirken will, wird die Unterstützung innerer und äußerer Kräfte schon deshalb zuteil werden, weil sie eine Beendigung der durch die 'Geschlossenheit' der sozialistischen Gesellschaft hervorgerufenen Leiden verspricht. Ob jedoch im Verlaufe eines solchen Prozesses eine wirkliche Neugliederung des sozialen Organismus entsteht oder ob im Ergebnis der gesellschaftlichen Umwälzungen lediglich eine dem Staatseigentum verpflichtete östliche Gesellschaftsversion zum Zuge kommt, die in gesteigertem Maße bestrebt ist, westlichen Vorbildern möglichst im Detail noch nachzueifern, hängt ganz entscheidend von der gesteigerten Sozialfähigkeit aller den Wandel tragenden Kräfte ab.“¹¹

Mit dem Begriff „Leiden“ hob der Autor auf die subjektive Seite der Sozialfähigkeit einer Gesellschaft und damit auch auf das widerständige Verhalten des einzelnen gegenüber dem aufgesetzten System ab. An anderer Stelle heißt es:

„Auch im Sozialismus bleibt das menschliche Leben ein 'Sein zum Tode'“.¹² Aus der Gedankenwelt Friedrich Nietzsches heraus machte hier ein ehemaliger SED-Genosse auf die Endlichkeit eines jeden Menschenlebens aufmerksam. Daß unsere Zeit bemessen ist und wir ein Recht darauf haben, unsere Leiden zu artikulieren, war wohl ein wesentlicher Grund für die nach den fünfziger Jahren zweite Fluchtwelle, wie es etwas abfällig hieß, im Sommer 1989 und die demokratische Volksbewegung. Über diese sehr persönlichen Gründe,

¹¹ Rolf Henrich, a.a.O., S. 264.

¹² A.a.O., S. 219.

die aber doch wirklich entscheidend für das allgemeine Aufbegehren waren, läßt sich nur schwer Auskunft geben. Hier artikuliert sich eine Opposition aus erwachender Selbstachtung und eben nicht eine spezifische Formation – ein Begriff, mit dem Henrich den Ablöseprozeß Kapitalismus-Sozialismus beschreibt – für eine neue Gesellschaft, für einen Sozialismus neuen Typs. In der Summe der Ereignisse wirkte wohl Rolf Henrichs Buch weniger als die Schriften anderer Autoren, aber wie kein anderes spiegelte es in theoretischer Absicht Lage, Gedankenwelt und Hoffnung eines aufkommenden Widerspruchgeistes in den Jahren 1988/89. Auch die seit der Öffnung der Archive des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR im Januar 1991 schärfer gewordene Kritik an der evangelischen Kirche wird bei Henrich schon vorgezeichnet. Persönliche Enttäuschung, daß die Kirche die Leiden der Menschen nicht vorbehaltlos und in klarer Form den staatlichen Organen vortrug, mag in seiner Kritik mitschwingen. Daß sich die evangelische Kirche als „Kirche im Sozialismus“ mit Bonhoeffers Formel der „Kirche für andere“ schmückte, nahm Henrich besonders übel.

„Geradeso als wollte Bonhoeffer der mißbräuchlichen Verwendung des Begriffs 'Kirche für andere' vorbeugen, stellte er sogleich seinem Wort klare Handlungsmaximen an die Seite. 'Um einen Anfang zu machen', sollte die Kirche nach den Vorstellungen Bonhoeffers 'alles Eigentum den Notleidenden schenken.' Und die Pfarrer sollten 'ausschließlich von den freiwilligen Gaben der Gemeinden leben, evtl. einen weltlichen Beruf ausüben.'“¹³

Es ist nicht meine Ansicht, daß die eine christliche Kirche ihr Zeugnis für die Notleidenden der Welt auf diese Weise stärkt. Obwohl die hausgemachten Verfehlungen der sichtbaren Kirche groß sein können, kann doch gerade der geöffnete Raum oder das „Dach der Kirche“ Schutz bieten, wie in den Fürbittandachten und Friedensgebeten des Herbstes 1989 deutlich wurde. Aber Henrich kam schon auf den Punkt: die Gefahr der Kirche, nicht von den Leiden der Menschen her ihr Zeugnis zu aktualisieren und in mißbräuchlicher Rede oder zweifelhaften Kompromißformeln die Widerstandskraft der Menschen nicht zu stützen. Er selbst, Henrich, plädierte auch nach der Etablierung der DDR-Friedensbewegung nicht für eine ordnungs- und stabilitätspolitische Arbeitsteilung zwischen Staat und Kirche, für die namentlich Manfred Stolpe stand, sondern dafür, daß die Kirche Basis für Mündigkeit wird.¹⁴

Das Buch „Der vormundschaftliche Staat“ dokumentiert die Ablösung von systemimmanenten Denkweisen, nimmt Abschied von einer bloßtheoretischen Suche nach dem handelnden gesellschaftlichen Subjekt und rückt wieder den einzelnen, sein Erleben und seine Bedürfnisse ins Zentrum politischer Ethik, und damit kommt Henrich liberaler Denktradition nahe.

13 Rolf Henrich, a.a.O., S. 230. Henrich zitiert hier aus Bonhoeffers Buch „Widerstand und Ergebung“, Aufzeichnung aus dem Gefängnis 1943–45.

14 Vgl. im ganzen S. 223–242.

5. *Problematisierung der sozialistischen Ideologie in Deutschland-Ost*

Die Darstellung ausgewählter theoretischer Ansätze verfolgt die Absicht, das allgemeine Vorurteil, in Deutschland-Ost hätte es keine Theoriedebatte gegeben, zu widerlegen. Diese Debatte bereitete oppositionelles Handeln vor und spiegelte zugleich die Grenzen dieses Handelns wider. Der Hinweis darauf, daß es sich bei den theoretischen Ansätzen um bloße Fortschreibung des revisionistischen Marxismus und der Frankfurter Schule handelt, greift zu kurz. Denn im Gewand der Theoriedebatte wurde niemals nur von dem ökologischen, demokratischen, humanen, verbesserlichen Sozialismus gehandelt, sondern immer auch über einzelne Verbesserungen, über die radikale Kraft der Menschlichkeit, über die Aufwertung des Menschen in demokratischen und basisdemokratischen Vorgängen und über den Wert, im Einklang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen zu arbeiten. Daß es mit den genannten Adjektiven um die eigentlichen Lebensfragen ging, hätte wohl früher analytisch begriffen werden können. Adjektiv-Theorien sind entstanden, so möchte ich es einmal nennen, in denen die Rede vom Sozialismus mehr und mehr eine legitimatorische Funktion einnahm. Denn darin waren sich viele einig, daß das System nicht als ganzes in Frage gestellt werden sollte. Wer sich einmal entschieden hatte, in der DDR zu bleiben, suchte bis hin zur Verzweiflung nach positiven, aber doch kritischen Auswegen aus dem Dilemma. In ähnlicher Weise wurde dann auch der Begriff vom Frieden ergänzt: Frieden und Umwelt, Frieden und Menschenrechte, wie sich erste informelle Gruppen, zum Teil auch außerhalb der Kirche seit 1983 bzw. wie im Falle der bedeutensten Gruppierung „Initiative Frieden und Menschenrechte“ seit 1985, nannten.

Es bedeutete etwas anderes, wenn linke Theoriediskussion im Westen oder unter den Bedingungen relativer Freiheit geführt wurde, denn dort herrschte das doppelte Mißverständnis vor, daß nämlich die Revolution die neue Gesellschaft ans Licht brächte und daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Anfang gemacht sei. Dennoch wurde schon in der DDR- und mit Henrichs Buch in beeindruckender Weise – ein Defizit an Selbstreflexion und grundsätzlicher Problematisierung des Sozialismus als vermeintlich realer Projektionsfläche für die Ideale der besseren, der besten Gesellschaft eingestanden. Diese Projektion wurde in den selbstverlegten Zeitungen und Zeitschriften der Jahre 1985 bis 1989 sowie in den Friedens- und Umweltbibliotheken, etwa in Berlin, Leipzig, Zwickau und Dresden, thematisiert. Höhepunkt dieser Tendenz war die Herausgabe einer Aufsatzsammlung mit Texten von Václav Havel¹⁵. Gerade Václav Havel hatte mit seinen Essays „Anatomie einer Zurückhaltung“ aus dem Jahre 1985 nachhaltige Wirkung auf Oppositionelle:

15 Václav Havel, Versuch in Wahrheit zu leben, und andere Texte in Auszügen. Gemeinsame Sonderausgabe von Kontext und Ostkreuz., Berlin 1989.

„Vielfältige extreme Beispiele dieses 'Kurzschlusses des Denkens'- einmal eher traurige, einmal ziemlich tragische und manchmal nur und nur gespenstische – kennen wir aus der Geschichte: Marat, Robespierre, Lenin, Baader, Pol Pot. Mir geht es aber hier nicht um diese Stars des Fanatismus, sondern um die unauffällige Versuchung, in deren Gestalt der Keim des Utopismus (und damit auch des Totalitarismus) in wohl fast jedem Menschen gegenwärtig ist, der noch nicht allem gleichgültig gegenübersteht.“¹⁶

Auch die deutsche Frage und die außenpolitischen Bedingungen bzw. Vorgaben für innenpolitische Aktionen, die bei Henrich und Richter und sehr deutlich bei Havemann anklangen, wurde zunehmend bedacht, und das oppositionelle Handeln bezog sich darauf: Der Grundlagenvertrag (1972) zwischen der DDR und der Bundesrepublik, die Schlußakte von Helsinki (1975), die Ausbürgerung Wolf Biermanns (1976), der Nato-Doppelbeschluß zur Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen (1979), die Gewerkschaft „Solidarnosc“ (1980), das Auftreten Gorbatschows (1985) und der Honecker-Besuch in der BRD (1987).

Daraus wurden politische Forderungen abgeleitet: Reisefreiheit, Menschenrechte, einseitige Abrüstung, Recht auf Widerstand, demokratische Umgestaltung, Pressefreiheit, deutsche Einheit. Die Opposition war nicht mehr bereit, innere Konflikte mit außenpolitischen Grundsätzen zu verdecken. Die Problematisierung des Sozialismus als gesellschaftliche Vision, vor allem aber seine real-existierende Gestalt avancierte allmählich zum zentralen Thema.

II. *Die Jahre 1981/82 und die Entstehung widerständiger Gruppen*

1. *Der „Berliner Appell“ und die Neutralitätsthese Robert Havemanns*

Der „Berliner Appell“ vom 25. Januar 1982, schon im Titel mit dem Slogan der westdeutschen Friedensbewegung „Frieden schaffen ohne Waffen“ belegt, war wohl die bekannteste unabhängige Friedensinitiative in Ostdeutschland. Nicht allein die Initiatoren Robert Havemann und Rainer Eppelmann sowie die laut Auskunft von Gerd Poppe nahezu 2000 Unterzeichner, sondern die politische Zuspitzung machten diesen Appell besonders bekannt. Im „Berliner Appell“ kam die Initiation politischer Opposition im Rahmen der Friedensbewegung zum Ausdruck, denn nicht „friedliche Koexistenz“, die Friedensformel der SED und ihrer Verbündeten, nicht die Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung, die förmliche Absage der evangelischen Kirche und nicht die sozialdemokratische Vorstellung von einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West bildeten den Hintergrund für die Initiative, sondern die deutsche

16 A.a.O., S. 21.

Frage und die Überwindung der deutschen Teilung, die als Schlüssel zur Abwendung der atomaren Gefahr in Mitteleuropa angesehen wurde.

„Darum: Wenn wir leben wollen, fort mit den Waffen! Und als erstes: Fort mit den Atomwaffen. Ganz Europa muß zur atomwaffenfreien Zone werden. Wir schlagen vor: Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über die Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland.

Das geteilte Deutschland ist zur Aufmarschbasis der beiden großen Atom-mächte geworden. Wir schlagen vor, diese lebensgefährdende Konfrontation zu beenden. Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges müssen endlich die Friedensverträge mit den beiden deutschen Staaten schließen, wie es im Potsdamer Abkommen von 1945 beschlossen worden ist. Danach sollten die ehemaligen Alliierten ihre Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen und Garantien über Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten vereinbaren.“¹⁷

Das traf den Nerv der SED und richtete sich gegen die Zweistaatentheorie, nach der DDR und BRD dauerhaft nebeneinander bestehen sollten. Der „Berliner Appell“ beabsichtigte keineswegs, eine programmatische Opposition gegen das DDR-System zu formulieren. Seine Forderungen zielten auf eine Aktivierung und Richtungsänderung der Friedensbewegung. Die Initiative erhielt den Charakter einer oppositionellen Bewegung, da die SED panisch darauf reagierte. Die Thematisierung der deutschen Frage und die Konstellation der Initiatoren – der erklärte demokratische Sozialist und Links-oppositionelle Robert Havemann und der Jugendpfarrer Rainer Eppelmann standen in der Öffentlichkeit für die Verbindung von kritischer Intelligenz und Kirche – erschienen der SED-Führung äußerst gefährlich. Zwar wurde Rainer Eppelmann nach seiner Verhaftung sogleich wieder auf freien Fuß gesetzt, allerdings um den Preis, den Appell nicht weiter zu verbreiten und die kirchliche Kompromißlinie zu akzeptieren. Am 15. Februar 1982 versandte Konsistorialpräsident Manfred Stolpe eine Stellungnahme der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg vom 13. Februar 1982, in der es hieß:

„Pfarrer Eppelmann hat uns nach seiner Haftentlassung zugesagt, jetzt von politischen Aktionen und öffentlichen Erklärungen abzusehen.“¹⁸

Dem Schreiben an die Superintendenten ist auch der „Berliner Appell“ im Wortlaut beigefügt, was immerhin zu einer Diskussion auf mittlerer Kirchenebene einlud. Am Ende der Stellungnahme, die die Sorge und Ungeduld des Appells durchaus teilte, hieß es dann doch abweisend:

17 Klaus Ehring/Martin Dallwitz, „Schwerter zu Pflugscharen“. Friedensbewegung in der DDR, S. 227 f. Die Namen der Autoren sind Pseudonyme.

18 Rundschreiben des Evangelischen Konsistoriums Berlin-Brandenburg K. Ia Nr. 383/82, 15.2.1982, S. 1.

„Die Kirchenleitung rät nachdrücklich von einer Beteiligung an der Sammlung von Unterschriften ab, weil dadurch Mißverständnisse und Gefährdungen hervorgerufen werden, die das notwendige sachliche Gespräch nicht fördern.“¹⁹

Interessant war nun, daß die Forderung nach einem Ende der Teilung, die der SED besonders suspekt war, fortan kaum Nachwirkung auf die Diskussion um die Ziele widerständiger Gruppen hatte. Vorbild für die hier vertretenen Ansichten zur deutschen Frage sind die von Robert Havemann formulierten deutschlandpolitischen Vorstellungen im Brief an Leonid Breschnew vom 20. bzw. 25. September 1981:

„Es gilt, insbesondere die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Sowjetunion sich bis in die sechziger Jahre immer wieder für die Entmilitarisierung und Neutralisierung ganz Deutschlands ausgesprochen hat. 36 Jahre nach Ende des Krieges ist es jetzt zur dringenden Notwendigkeit geworden, die Friedensverträge zu schließen und alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abzuziehen. (Selbstverständlich müßte die Stellung West-Berlins gesichert bleiben.) Wie wir Deutsche unsere nationale Frage dann lösen werden, muß man uns schon selbst überlassen, und niemand sollte sich davor mehr fürchten als vor dem Atomkrieg.“²⁰

Daß schon im Kreise von Intellektuellen und Literaten Havemanns Ansichten umstritten waren, entging auch dem Stasispitzel Sascha Anderson alias „David Menzer“ nicht, wenn er über ein Treffen besagter Provenienz im Wochenendhaus von Gerd und Ulrike Poppe feststellt:

„Hauptsächlich wurde zwischen den Lesern der Lyrik über diesen Brief diskutiert, über die Möglichkeit der Friedenserhaltung und auf welcher Basis. Der Brief, den ich dann noch auf Band sprechen werde, beinhaltet die Haltung Havemanns, die nur bedingt geteilt wurde. Havemann ist z. Zt. dabei, für diesen Brief Unterschriften zu sammeln. Die Hälfte der Anwesenden auf diesem Treffen hat den Brief unterschrieben.“²¹

Die ganze Abgründigkeit und der Zynismus, mit dem die Spitzel und hauptamtlichen Mitarbeiter des Geheimdienstes die kleinen widerständigen Initiativen zu zersetzen versuchten, drückte sich hier in der falschen Wiedergabe der wirklich sorgenvollen Schlußpassage des Briefes aus. Im Brief heißt es:

„Angesichts der 20 Millionen Menschen, die Ihr Land in dem von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg verloren hat, und angesichts der über 5 Millionen Toten, die unser Volk zu beklagen hatte, müssen Sicherheit und

19 A.a.O., S. 2.

20 Zitiert nach: R. Havemann, *Die Stimme des Gewissens*, S. 203.

21 Tonbandabschrift: Information über ein Treffen von Lyrikern und Interessenten, gez. „David Menzer“, 22.9.1981 (Staatssicherheitsunterlage).

Sicherung des Friedens besonders für unsere beiden Völker das oberste Gebot der Politik sein.“²²

In der Tonbandabschrift des Spitzelberichtes heißt es aber:

„Angesichts der Zwangsmühe der Toten, die Ihr Land im 2. Weltkrieg verloren hatte, kann man verstehen, daß Sicherheit und Sicherung des Friedens das oberste Gebot jeder Regierung Ihres Landes sein muß.“²³

Läßt sich nun am „Berliner Appell“ das wirkungsvolle Zusammengehen von gesellschaftskritischen Christen und einzelnen Oppositionellen, aber auch das einebnende und kompromißsuchende Handeln der Kirchenleitungen studieren, so kann gleichfalls die Funktion der bundesdeutschen Medien in diesem Zusammenhang erkannt werden. Das Dreieck „Unabhängige Initiative-Kirche-Medien“ mobilisierte die Friedensbewegung in Ostdeutschland. Besonders aufmerksam, das heißt mit einem Grad gesteigerter Aufmerksamkeit wahrgenommen und eingeordnet in weltpolitische Zusammenhänge, wurden Meldungen über Widerstand und Opposition aufgenommen, wenn diese in den Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ in die meisten ostdeutschen Haushalte flimmerten. Das westdeutsche Fernsehen wirkte allerdings nicht unmittelbar handlungsanleitend auf die Bevölkerung. Was schließlich beim sogenannten Klassenfeind eine Meldung wert war, das konnte doch nicht im täglichen Verhalten als akzeptabel gelten, so suggerierten Selbstzensur und Ideologie. In gewisser Weise tabuisierten bis etwa 1986 solche Vorurteile sich anschließendes Verhalten der Bürger. Zugleich veränderte sich langsam das Bewußtsein gegenüber der geschlossenen DDR-Gesellschaft, und es wurde zunehmend für möglich gehalten, anderer Meinung zu sein.

Gerade weil der „Berliner Appell“ sich erklärtermaßen nicht nur an die Regierung, sondern auch an die Öffentlichkeit wandte, bekamen innenpolitische Probleme, wie die unter Honecker zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, Brisanz. In Frage gestellt wurden die Verbreitung von Kriegsspielzeug und der nach 1978 eingeführte Wehrunterricht an den Schulen. Gefordert wurde die Einführung des „Sozialen Friedensdienstes“. Bezweifelt wurden auch die Präsenz der militärischen Machtmittel in der DDR und die absurde Zivilverteidigung, die sogar im Falle eines Atomkrieges Schutz bieten sollte. Die beiden Autoren stellten die Militarisierung der DDR-Gesellschaft in den Zusammenhang psychologischer Kriegsvorbereitung. Neben der Abschottung der DDR nach Westen und auch nach Osten war die Militarisierung der Gesellschaft der zweite Grund für die Entstehung eines kritischen und zu Opposition neigenden Potentials, welches sich jenseits der von der SED verwalteten Gesellschaft artikulierte.

22 Zitiert nach: R. Havemann, a.a.O., S. 204.

23 Tonbandabschrift, a.a.O.

Der „Berliner Appell“ war umstritten wie keine andere Initiative in der DDR, letztlich auch deshalb, weil die Autoren auf seine weitere Verbreitung verzichteten. Robert Havemann, in dessen beständig vom Geheimdienst überwachten Haus in Grünheide bei Berlin sich immer wieder Zirkel und Gruppen kritischen Denkens zusammenfanden, ist es zu danken, daß die deutsche Teilung und damit die gesellschaftspolitische Abschottung gegen demokratische Kultur in Beziehung zur Friedensfrage gehalten wurde. Sein Tod im April 1982 war darum ein großer Verlust. Seine Autorität, nicht zuletzt begründet in der Opposition gegen den Nationalsozialismus, machte ihn zum geistigen Mentor der DDR-Opposition.

2. *Die Jugendbewegung – „Sozialer Friedensdienst“ und „Schwerter zu Pflugscharen“*

Die Initiative, einen „Sozialen Friedensdienst“ nach dem Vorbild des westdeutschen Zivildienstes einzurichten, stand am Anfang einer Jugendbewegung für den Frieden. Jugendpfarrer Christoph Wonneberger von der Dresdener Weinberggemeinde gab ihr absichtsvoll die Abkürzung „SoFd“. Manche hielten diese Assoziation für vordergründig, aber gerade darin drückte sich jugendgemäßes, das heißt spontanes Handeln aus. Bei der Beschreibung der Jugendbewegung für den Frieden Anfang der achtziger Jahre stütze ich mich vorrangig auf eigene Recherchen, niedergelegt in der u. a. von Hans-Jochen Tschiche und Gerd Poppe herausgegebenen Mappe „Spuren. Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR“ (Selbstverlag radix-blätter). Zentren der sogenannten „Offenen Jugendarbeit“ in der DDR waren Braunsdorf/Thüringen und die genannte Gemeinde in Dresden. Diese Arbeit verband sich in ihren Anfängen mit deren Pfarrern Walter Schilling und Frieder Burkhardt. In einer Untersuchung schreibt Sebastian Neuß über die „Offene Jugendarbeit“:

„Nachdem Pfarrer Schilling, Braunsdorf, das Heim für die Jugend der nahegelegenen Städte Saalfeld und Rudolstadt geöffnet hatte – ihre Sprache hatte er als 'Werkstudent' im westdeutschen Bergbau 'gelernt' –, beginnt sich eine ganz eigene Art der Spiritualität in der traditionellen Kirche einzuleben. Gruppen der 'Offenen Arbeit' gab es bald in beiden Kreisstädten. 1970 in Erfurt, 1971 in Jena und Zella-Mehlis. Die Bewegung breitete sich nach Eisenach aus, Weimar und Altenburg.

Die 'Offene Arbeit' blieb in erster Linie ein thüringisches Phänomen, von Ort zu Ort unterschiedlich aufgenommen, aber Gemeindegruppen mit einem ähnlich ungebundenen Selbstverständnis lassen sich bald in allen ostdeutschen Landeskirchen nachweisen. Markante Beispiele sind die Weinberggemeinde in Dresden, die 'Offene Arbeit' in Halle-Neustadt, der Paulskirchenkeller in

Schwerin oder die 'OA', wie sie auch kurz genannt wurde, in Jena, Leipzig und Berlin.“²⁴

Mit dem Wort „Offenheit“ wurde der Unterschied zum bisherigen Typus der Gemeindejugendarbeit, der Jungen Gemeinde markiert. Verbandsjugendarbeit gab es ja bekanntlich nicht außerhalb der Freien Deutschen Jugend. Das Selbstverständnis der „Offenen Arbeit“ war gleichfalls nicht identisch mit der heute weit verbreiteten sozialen Jugendarbeit. Denn „Offenheit“ stand im Gegensatz zur Geschlossenheit der DDR-Gesellschaft. Eine evangelische Aussteigerarbeit, stark bestimmt durch ihre jeweiligen Inspiratoren, war entstanden. Frust und Leidensdruck unter den Jugendlichen wurden spirituell aufgenommen und in Aktionen umgelenkt. Abiturienten, Mitglieder aus der traditionellen Jungen Gemeinde, Haftentlassene, Rock-Fans, Wehrdienstverweigerer und häufig auch Kinder von Parteigenossen versammelten sich in Arbeitszusammenhängen. Das zweite Wort neben der „Offenheit“, die „Arbeit“ kam nicht zu kurz: Jugendgottesdienste, soziale Projekte und die breite und deutlich umrissene Politisierung der Jugend und zumeist junger Christen, nämlich die Aktionen zur Einrichtung eines „Sozialen Friedensdienstes“. Jugendpfarrer Christoph Wonneberger, Nachfolger des schon erwähnten Frieder Burkhardt, formierte diese Initiative und nutzte das Forum eines Dresdener Pfarrkonvents, um dem Papier einen öffentlichen Status zu geben. Die Volkskammer sollte folgendes beschließen:

„Als gleichberechtigte Alternative zu Wehrdienst und Wehrrersatzdienst wird ein Sozialer Friedensdienst (SoFd) eingerichtet. Die Erfassung, Musterung und Einberufung dazu erfolgt dem Wehrdienst entsprechend. Das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht vom 24.1.1962 mit den dazu erlassenen Folgebestimmungen ist dahingehend zu ändern...

Der SoFd-Leistende genießt die gleichen Rechte wie der Wehrdienst-Leistende (z. B. Versicherung, Entlohnung, Urlaub, Erhalt des früheren Arbeitsplatzes).

Der SoFd-Leistende erhält regelmäßig politischen Unterricht mit den besonderen Schwerpunkten: Friedenssicherung, Abrüstung, gewaltfreie Konfliktbewältigung.“²⁵

In sozialen Bereichen und im Umweltschutz wollten die Jugendlichen arbeiten. Wie auch bei anderen Initiativen gab es Entwürfe und Diskussionen, was und auf welcher Ebene zu fordern ist. Die Volkskammer mußte diesen Dienst beschließen, aber die Synoden der evangelischen Landeskirchen sollten sich dazu die Initiative zu eigen machen, um Staat und Volkskammer diesen neuen Schritt abzuverlangen. Der politische Flügel der Jugendarbeit, der

24 Sebastian Neuß, Das Kirchenverständnis ausgewählter Basisgruppen in der evangelischen Kirche in der DDR der achtziger Jahre. Voraussetzungen – Ziele – Differenzen. Schriftliche Hausarbeit zum Ersten Theologischen Examen, Berlin 1992.

25 Aufruf zum Sozialen Friedensdienst, zitiert nach der Letztfassung vom 9.5.1981 (Informationsblatt).

aber anders als die späteren Gruppen spirituell ausgeprägt blieb, machte die Kirche zum Diskussionsort politischer Probleme. Daß die Synoden der DDR-Landeskirchen von ca. 5.000 Jugendlichen angeschrieben wurden, bewirkte eine Wiederentdeckung des synodalen Leitungsprinzips in der evangelischen Kirche und half damit, demokratisches Bewußtsein zu stärken. Der Verfasser erinnert sich noch an die Diskussionen über die ersten Entwürfe und seine eigene Skepsis, ob hier nicht ein Plagiat westdeutscher Gesellschaftspolitik aufgesetzt würde.

Aber Christoph Wonneberger, wie auch andere junge Leute in der DDR, hatte sein Schlüsselerlebnis in Polen, die dort beginnende Solidarnosc-Bewegung vor Augen: Sommer 1980 in Warschau. Dem Passanten bot sich kein Schauspiel, sondern eine Demonstration der Gewaltlosigkeit. Ein Demonstrationzug stand einer Polizeieinheit gegenüber. Die Demonstranten harreten eine halbe Stunde aus, die Eskalation schien unvermeidlich. Plötzlich tauchten in der ersten Reihe des Zuges Frauen auf – mit Blumen in den Händen, die sie den verblüfften Polizisten anboten. Und die meisten nahmen sie an und verweigerten sich nicht. An diesem Tag wurden nicht die Schlagstöcke gezogen, es flogen keine Steine.

Dieses Erlebnis der Gewaltfreiheit wurde umgesetzt in die Verhältnisse und Möglichkeiten des eigenen Landes. Zugleich stand Wonneberger erklärmaßen unter dem Eindruck der Konzeption der sozialen Verteidigung von Theodor Ebert und Rudolf Bahros Wertschätzung der frei sich bildenden Gruppe als autonomer Aktionsbasis.

Der Dresdener Pfarrkonvent beschloß, die Initiative als Eingabe vor die sächsische Landessynode im Herbst 1980 zu bringen. Umstritten blieb aber der Passus zur „schwindenden Verteidigungswürdigkeit“, weil hier von staatlicher Seite her Unverständnis befürchtet wurde. Die erste Fassung enthielt noch unzweideutig die wirklichen Gründe für die Aktion und den von vielen empfundenen Handlungsstau:

„Bedrängt von der real wie auch im Bewußtsein der Bürger unseres Landes zunehmend schwindenden Verteidigungswürdigkeit der realsozialistischen Verhältnisse unserer Gesellschaft

- aufgrund der qualitativ und quantitativ weiterwachsenden Rüstung mit aller damit verbundenen Verschleuderung wertvoller materieller und menschlicher Ressourcen
- aufgrund des faktisch und publizistisch zunehmenden Gewichtes des Militärischen in unserer Gesellschaft
- aufgrund der unzureichenden öffentlichen Wertschätzung der für die Steigerung des Nationaleinkommen kaum oder nicht relevanten Mitglieder unserer Gesellschaft (Alte, Kranke, Behinderte)
- aufgrund der in diesen Bereichen zunehmend fehlenden und zum Teil

(weil sachfremd gebunden) nicht berufespezifisch ausgelasteten Arbeitskräfte.“²⁶

Die Synode machte sich die Idee des „Sozialen Friedensdienstes“ nicht zu eigen. In der Eingabe des Pfarrkonvents an die Synode wurde darum gebeten, den beiliegenden Entwurf im Rahmen der „Friedensdekade 1980“ zur Diskussion in die Kirchgemeinden weiterzuleiten und dort eine Initiative an die Volkskammer der DDR vorzubereiten. Die Aufrufe wurden vervielfältigt und in Kettenbriefen – eine Aktionsform, die für die Staatssicherheit nicht ohne weiteres zu übersehen war – verbreitet. Was die Weiterarbeit an der Initiative betraf, gingen im Herbst 1981 wichtige Impulse von der Berlin-Brandenburgischen Synode aus. Die Synode hatte einen Ausschuß einberufen, der über die weitere Arbeit an der Initiative beriet. Es folgten Einladungen an die Eingabe zu drei Regionaltreffen. Ein Ergebnis war unter anderem die Einladung zum ersten Treffen aller sozialetischen Gruppen, zum ersten Seminar „Frieden konkret“ in Berlin-Oberschöneweide (Frühjahr 1983).

Kirchlicherseits konnte dem Staat keine positive Regelung abgerungen werden. Pfarrer Wonneberger gab aber nicht auf und lud gleichfalls in der Form eines Kettenbriefes zur Friedensfahrt nach Dresden zum Osterwochenende 1982 ein. Die Kirche beugte sich dem staatlichen Druck. Nach einem ausführlichen Bericht Wonnebergers habe ich dazu 1987 folgende Notizen festgehalten:

„Einige Tage vor dem Januar-Seminar erläuterte der Staatssekretär für Kirchenfragen persönlich im sächsischen Landeskirchenamt, daß eine illegale politische Gruppe die Kirche für ihre Aktivitäten mißbrauchen wolle. Wo blieb der Widerspruch der Dresdener Kirchenleitung? Die staatliche Einschätzung und die zweideutige Haltung des Landeskirchenamtes hatten schwere Folgen. Pfarrer Wonneberger wurde zum Gespräch in das Dresdener Kirchenamt gebeten. Präsident Domsch eröffnete ihm, daß die geplante Friedensdienstfahrt samt Arbeitsgruppen und zentralen Ostergottesdienst außerhalb seines Kompetenzbereiches als Gemeindepfarrer liege. Sein kirchliches Mandat wäre mit einer solchen Unternehmung eindeutig überschritten. Eine vorläufige Kündigung vom Pfarrdienst könne nicht ausgeschlossen werden. Später gab Präsident Domsch in einem Schreiben (3.2.1982) Wonneberger 'dienstliche Anordnungen im Sinne von § 35 des Pfarrergesetzes'. Im Kern wird festgestellt, daß für geistliche Aufgaben über die Kirchengemeinde hinaus allein das Pfarrergesetz oder eine 'geordnete Vertretung oder Beauftragung' maßgeblich sind. 'Für die Organisation übergemeindlicher Zusammenkünfte, wie Sie sie für Ostern 1982 planen, liegt eine Beauftragung nicht vor.' Abschließend wird der Seelsorger darauf hingewiesen, er habe bei Pflichtverletzung 'die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen.'“²⁷

26 Initiative „Sozialer Friedensdienst“ (SoFd), erste Fassung (Typoskript).

27 Zitiert nach: Spuren. Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR, S. 35 (Selbstverlag radix-blätter).

Am Werdegang dieser Initiative wird die Rolle der Kirche in jener Zeit deutlich. Sie etablierte sich als Mittlerin zwischen dieser Jugendbewegung für den Frieden und dem Staat, indem sie einerseits die politische Spitze und die Selbstorganisation der Jugendlichen und spontanen Initiativgruppen brach, andererseits aber versuchte, solche Initiativen aufzunehmen und die gewachsenen Freiräume für das eigene Handeln, aber auch für kleine Fortschritte in Richtung Freiheitzügigkeit zu nutzen. Wonneberger und andere litten schwer an solchen kirchenpolitisch begründeten Zurückweisungen. Die Kirche sprach fortan von ihrem eigenständigen Friedenszeugnis, um sich bewußt vom Selbstverständnis einer unabhängigen Friedensbewegung abzusetzen. Der Kirche sollte zugute gehalten werden, daß sie sich im Blick auf diese erste breite Jugendinitiative und auch im Blick auf andere Aktionen schützend vor einzelne Jugendliche stellte. Eine deutliche Äußerung aber, daß der SED-Staat unabhängige, sich frei konstituierende politische Willensbildung zulassen müsse, wäre wohl ein nötiges Wort in jener Zeit gewesen.

Aus der evangelischen Jugendarbeit gingen auch andere Aktionsformen hervor. Insbesondere die Jugendpfarrer und Landesjugendpfarrer statuierten, mit dem Jahr 1980 beginnend, die alljährliche „Friedensdekade“ der evangelischen Kirchen. Was einst in den Kreisen der „Offenen Arbeit“ begann, bahnte sich nun den Weg in die Sitzungsräume des Bundes der Evangelischen Kirchen. Insbesondere die Idee, das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ – ein Geschenk der Sowjetunion an die Vereinten Nationen, welches in Form einer Plastik diese biblische Verheißung der Propheten Micha und Jesaja aufnahm – aufzugreifen, brachte eine Institutionalisierung des jugendbewegten Friedensengagements mit sich. Das staatlich nicht genehmigungspflichtige Siebdruckverfahren wurde angewandt, und ca. 100.000 Aufnäher aus Vlies wurden mit jenem heroischen Symbol bedruckt. Tausende Jugendliche trugen das Symbol seit den Tagen der „Friedensdekade“ im Herbst 1981 und wurden dafür in verschiedener Form gedemütigt. Mancher Erwachsene, wie der Schriftsteller Uwe Kolbe oder der Berlin-Brandenburgische Bischof Dr. Gottfried Forck, trugen jenes Zeichen. Über diese Aktion und Gottfried Forck, der den „Berliner Appell“ vormals abgelehnt hatte, sagte der ehemalige Jugendpfarrer Martin-Michael Passauer:

„Gelegentlich wurden Strafanträge gestellt, die aber wieder zurückgezogen wurden. Es gab Relegierungen von Oberschulen und Universitäten. Wichtig war die Solidarität unseres Bischofs Gottfried Forck. Er wurde auf dem Konvent von einem Pfarrer gefragt, warum er das Symbol nicht trägt, wenn er sich mit dem Inhalt einverstanden erklärt. Er tat es daraufhin und war

sogar bereit, es bei einer Vorladung zum Staatssekretär für Kirchenfragen zu tragen.“²⁸

Die Kirche war auch hier bemüht, sich schützend vor die Jugendlichen zu stellen.

Im Zuge ihrer Mittlerschaft konnte sie allerdings nicht dem Staat das öffentliche Tragen dieses Zeichens bzw. seine Duldung abtrotzen; lediglich zu den alljährlich stattfindenden „Friedensdekaden“ tauchte das Symbol auf kirchlichen Plakaten in der Öffentlichkeit auf.

Der „Soziale Friedensdienst“ und die Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ waren Ausdruck einer spontan sich bildenden Jugendbewegung, wobei die institutionellen Ebenen der Kirche für die Popularisierung dieser Aktionen genutzt wurden. Indem diese Ebenen in Anspruch genommen wurden, verzichteten diese Bewegung und ihre Vertreter auf eigene Strukturen, die zwangsläufig oppositionellen Charakter hätten annehmen müssen. Zwischen der kritischen Dauerpräsenz westdeutscher Medien, der fast allgegenwärtigen Kontrollmacht der SED und der punktuellen gesellschaftspolitischen Mittlerschaft der evangelischen Kirche gab es kaum einen Weg für eine nach Programm formierte Opposition. Aber widerständiges Handeln und Gruppenbildung zeigten sich auch in anderen Jugendszenen, etwa unter den Punks, Rock-Fans, Naturverbundenen oder auch jungen Kunstinteressierten. Nicht der „demokratische Sozialismus“, der von oppositionellen Autoren angepriesen wurde, sondern die Gewaltfreiheit wirkte seinerzeit sozialisierend unter Jugendlichen. Ein weiteres Symbol und gleichfalls in Dresden kreiert waren die sogenannten Kerzendemonstrationen. Zum Gedenken an die Zerstörung Dresdens in der Nacht des 13.2.1945 kündigten Jugendliche in Mund-zu-Mund-Propaganda eine Demonstration der Stille vor der Ruine der Frauenkirche an. Am 13.2.1982 fand noch vor der Demonstration in der Dresdener Kreuzkirche ein Jugendforum statt. Ein Jugendlicher sagte gegen Ende:

„Ich bin neunzehn Jahre und habe trotzdem nichts mehr zu verlieren. Sie reden und reden hinter fester Tür. Wollen Sie uns bis zum Untergang vertrösten? (Beifall) Wie ist es mit der leuchtenden Stadt auf dem Berg?“²⁹

Mit der „Offenen Jugendarbeit“ und der „Initiative Sozialer Friedensdienst“ sowie der Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ formierte sich die Friedensbewegung in der DDR, die sich fortan in Gruppen zu verschiedenen Themen sozialisierte. Das Herausdrängen der Jugendbewegung aus der Kirche und die Einwirkung ihrer Initiativen im Rückschlußverfahren über den Staat und insbesondere seine Sicherheitsorgane auf die kirchenrechtlich geordneten Ebenen der Kirche führten zu einer viel diskutierten Frage: Wie unabhängig sind

28 Zitiert nach: Spuren. Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR, S. 59 (Selbstverlag radix-blätter).

29 K. Ehring/M. Dallwitz, a.a.O., S. 86.

die Gruppen, sind sie kirchlich oder oppositionell oder beides? Je deutlicher sich fortan die Gruppenstrukturen und das Selbstbewußtsein ihrer Mitglieder ausprägten, umso klarer äußerte sich der oppositionelle und politische Anspruch, den später die Bürgerbewegungen im Herbst 1989 einlösten. In dem Demonstrationsruf „Keine Gewalt!“ war sie wieder gegenwärtig, die Jugendbewegung für den Frieden.

3. *Von den Zirkeln zu den Gruppen*

Die Zirkel, wie schon in Teil I angedeutet wurde, waren kleine, meist von Intellektuellen bestimmte Gruppen. Analytische und konzeptionelle Überlegungen standen in den siebziger Jahren im Vordergrund. Einige der Initiatoren der Jugend- und Friedensbewegung, darunter auch nicht wenige Theologen und ehemalige SED-Genossen, kamen aus solchen Zirkeln und Lesegemeinschaften. Sie sammelten junge Menschen in Initiativgruppen und entwickelten eben solche Ideen wie den „Sozialen Friedensdienst“. Die schon skizzierten Zirkel blieben auch weiterhin die Basis und erste Handlungsform für die Entstehung politischer Gruppen und deren Initiativen. Dem Charakter der Aktivitäten jener informellen Gruppen entsprach es, daß ihre Aktivitäten nicht ohne weiteres erkannt werden konnten. Die informellen Strukturen der sich selbst als Basisgruppen verstehenden Zusammenschlüsse waren auch notwendig zum Schutz vor Eingriffen und Zersetzung durch die Staatssicherheit. In den oppositionellen Gruppen gab es immer Inspiratoren, Ansprechpartner und Initiatoren, die häufig als sogenannte Kontaktadresse fungierten. Wer bereit war, sich von außen erkennen zu lassen, der war in der Regel zum Schutz von Gruppe und Aktion bereit, Vorabsprachen im kleinen Kreis zu treffen oder gegebenenfalls auch konspirativ zu handeln (Verbindungen zu westlichen Journalisten, Einrichtung einer Zweitbibliothek außerhalb der eigenen Wohnung, Beauftragung eines Rechtsanwaltes für den Fall der Verhaftung u. ä.). Hielten sich die Zirkel der siebziger Jahre fern von öffentlichen Äußerungen, so bauten führende Oppositionelle in den achtziger Jahren eine interne Verständigungs- und Dialogstruktur auf. Einige Oppositionelle seien genannt, um die herum sich solche Verständigungsstrukturen bildeten: Wilfried Linke in Schwerin, Heiko Lietz in Güstrow und Rostock, Markus Meckel in Vipperow, Rainer Eppelmann, Bärbel Bohley, Gerd und Ulrike Poppe, Wolfgang Templin und viele andere in Berlin, Hans-Jochen Tschiche in Magdeburg, Erika und Ludwig Drees in Stendal, Friedrich Schorlemmer in Wittenberg, Katrin Eigenfeld in Halle, Christoph Wonneberger in Dresden und Leipzig, Edelbert Richter in Naumburg, Angelika Schön in Weimar, Ulrich Töpfer in Meiningen, Roland Jahn in Jena, Walter Schilling in Braunsdorf. Viele andere könnten genannt werden, die gleichfalls die Kommunikation in den Gruppen organisierten und untereinander Verbindung hielten bzw. die Initiativen abstimmten. Sie han-

delten zumeist aus ihren Wohnungen heraus, die in der Regel in aufwendiger Weise von der Staatssicherheit überwacht wurden.

Nach dem Start der Friedensbewegung 1981/82 wurde deutlich, daß sich eine kritische Gegenöffentlichkeit um Themen und Themenfelder herum organisierte, die bestimmte Bevölkerungsgruppen bedrückten. Solche sozialisierenden Themenfelder waren Erziehungsfragen, verdrängte Homosexualität, die Rechte der Frauen, regionale Umweltkatastrophen u. a. Unter der Oberfläche des sogenannten real existierenden Sozialismus bildete sich ein emanzipatorisches Potential heraus. Nicht die Machtfrage wurde dem Regime gestellt, sondern tabuisierte soziale Fragen. Häufig beginnend mit dem Schreiben von Eingaben – eine gesetzlich zugelassene Beschwerdeform, die zugleich der Staatssicherheit Einblick in die Lebenssituation kritischer Leute gab –, reichten die Handlungsformen bis hin zur Organisation von Demonstrationen. Falls übrigens solche Eingaben von mehreren unterzeichnet wurden, entstand so in Ansätzen eine Interessengemeinschaft bzw. -gruppe.

Ehrhart Neubert, seinerzeit Referent für Gemeindesoziologie in der Theologischen Studienabteilung des Bundes der Evangelischen Kirchen, befaßte sich bereits im April 1985 mit Sozialisierungsprozessen in der DDR. In seiner ersten Arbeit zu diesem Thema unter dem Titel „Reproduktion von Religion in der DDR-Gesellschaft“ schrieb er:

„Es sind zunächst solche sozialen Gruppen, die vornehmlich an ihrer Gesellschaft leiden, 'Randgruppen': Frauen, Homosexuelle, Familien- und Bildungsgeschädigte, Menschen mit marginalisierenden Biographien. Ein breiter 'Rand', der das zentrale Unvermögen der Gesellschaft bloßlegt, den einzelnen derart zu sozialisieren, daß erlernte Handlungsanweisungen und erworbene Persönlichkeit ihm Einführung, Zuordnung und Identifikation mit der Gesellschaft und der ihr zugrunde liegenden Kultur ermöglichen.

So sind diese Gruppen im eigentlichen Sinne 'sozialisierende Gruppen', deren Konstitution in einem „Sozialisationsnotstand“ der Gesellschaft begründet ist.“³⁰

Neubert faßt mit dem Begriff „Sozialisierungsnotstand“ treffend zusammen, was von vielen Menschen als lähmend, krankmachend und bedrückend empfunden worden ist: die Bewegungslosigkeit und Erstarrung der DDR-Gesellschaft. Wer die Machtfrage stellen wollte, beantragte in der Regel einen Ausreiseantrag. Wer aus welchen Gründen auch immer in der DDR bleiben wollte und dennoch aufrecht und kritisch zu leben beabsichtigte, der sozialisierte sich unter den angegebenen Themenfeldern oder auch nach anderen Gemeinschaftsinteressen. Nach dem Selbstverständnis vieler Menschen hieß das auch, in einem festen Freundeskreis zu leben, sich im

30 Ehrhart Neubert, Reproduktion von Religion in der DDR-Gesellschaft, in: Außer der Reihe (Informationsblatt).

Kulturbund für Umwelt- und Naturschutz einzusetzen, einer Theater- oder Musikgruppe anzugehören, in den Gesprächskreis einer Kirchengemeinde zu gehen, Ost-West-Gemeinschaft in der Familie zu organisieren.

4. *Die Gemeindegruppen im Unterschied zu den unabhängigen Gruppen*

Deutlich voneinander zu unterscheiden sind zwei Typen von Gruppen. Sozialethisch orientierte und fragende Menschen fanden meist im Rahmen der Kirche ihre Handlungsebene, während stärker politisch und oppositionell engagierte die Unabhängigkeit bzw. den freien Zusammenschluß suchten. Es gibt aber auch interessante Vermischungen, die ich anhand zweier Initiativen deutlich machen möchte. Die dreitägige Debatte über die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen im Deutschen Bundestag im November 1983 hatte noch nicht stattgefunden, als Mitglieder von Friedenskreisen aus Mecklenburg und der Provinz Sachsen im August 1983 eine ungewöhnliche Initiative starteten. Unter dem Slogan „Abrüstung von unten“ riefen sie dazu auf, persönliche Friedensverträge zwischen Bürgern aus den Ländern des Warschauer Vertrages und der NATO abzuschließen. Der Friedensvertrag für Deutschland, wie ihn Robert Havemann im Anschluß an das Potsdamer Abkommen gefordert hatte, war in weite Ferne gerückt. Es galt nun, sich mit dem Gewicht des eigenen Lebens dem Wahnsinn der Konfrontation zu entziehen. Ähnlich der Initiative des „Sozialen Friedensdienstes“ sollten auf östlicher Seite diese persönlichen Friedensverträge bei der Synode des Bundes der evangelischen Kirche als Eingabe hinterlegt, auf der anderen Seite an Dr. Hartmut Lehnhard aus Detmold gesandt werden. Dr. Lehnhard stand der „Solidarischen Kirche“ in Westfalen/Lippe nahe. Diese Aktion war deshalb ungewöhnlich, weil sie Elemente aus dem „Berliner Appell“ (Friedensvertrag) und dem „Sozialen Friedensdienst“ (Inanspruchnahme eines synodalen Gremiums) aufnahm. Außerdem hatte sie eine ungewöhnliche Wirkung, weil sie eine zeichenhafte Friedensdemonstration darstellte, die von unabhängigen und christlichen Gruppen gleichermaßen getragen war. Persönliche Ohnmacht konnte nach außen wirksam demonstriert werden. Der Verfasser erinnert sich daran, daß viele, bei allem Ernst der Verpflichtung, auch Spaß an dieser Aktion hatten. Schließlich war es für kritische Ostdeutsche eine erste politische Grenzüberschreitung, die persönliche Konsequenzen einschloß. Im Aufruf zu dieser Aktion wurden verschiedene Bausteine für einen solchen Vertrag vorgeschlagen, die den Ernst verdeutlichen sollten.

- „– Wir verpflichten uns, daß wir uns nicht an der Vorbereitung und Ausübung militärischer Gewalt gegen Menschen des jeweils anderen Bündnissystems beteiligen werden.
- Angesichts der Furcht vor den für mich nicht tragbaren persönlichen Folgen sehe ich mich zwar nicht in der Lage, die Beteiligung an militärischer Aus-

bildung und Übung zu verweigern. Ich bekenne, daß ich damit Schuld auf mich lade, weil ich selbst hinter dem zurückbleibe, was ich für richtig halte. Ich verpflichte mich aber, auch in diesem Lebensbereich bei Vorgesetzten, Freunden und Kameraden die Konsequenzen des Abschreckungssystems zu verdeutlichen, für den Abbau von Feindbildern und den Gedanken der gemeinsamen Sicherheit einzutreten.

- Wir wollen versuchen, uns durch persönlichen Kontakt möglichst gut kennen- und verstehen zu lernen.
- Wir verpflichten uns, durch unser Engagement in Ökologie-, Frauen- und Dritte-Welt-Gruppen zu zeigen, in welchen Zusammenhängen die Kriegs- und Rüstungsproblematik steht.“³¹

Das bekannteste Beispiel für die Unterzeichnung eines Friedensvertrages, allerdings mit vergleichsweise unverbindlichem Inhalt, nämlich Gewaltverzicht und Abbau von Feindbildern, gab Petra Kelly. Im Oktober 1983 überredete sie Erich Honecker, anlässlich eines offiziellen Besuches der Partei „Die Grünen“ in der DDR, zu einer Unterzeichnung. Aktion und Besuch folgten übrigens seinerzeit erste Gespräche und mündliche Vereinbarungen von Vertretern der Grünen mit Oppositionellen und Friedensbewegten in der DDR.

Eine weitere Ost-West-Aktion, allerdings mit einem festen und paritätisch besetzten Unterzeichnerkreis von Persönlichkeiten aus Ost und West, war die „Initiative für Blockfreiheit in Europa“ zum 8. Mai 1985, die sich an den Obersten Sowjet in der UdSSR und den Kongreß der USA richtete. Diese unabhängig von irgend einer Institution entstandene Initiative verdeutlichte den Abschied der Gruppen vom Denken in den Militärblöcken, den Abschied von der Hoffnung auf Frieden ohne jeweilige Systemveränderungen. Diese im Osten formulierte Initiative schloß mit einem politischen Bekenntnis, welches für die Selbstverständigung politischer Gruppen in Ostdeutschland von großem Gewicht war.

„Freiheit und Würde der Bürger sind der Schlüssel zu Freiheit und Selbstbestimmung der Völker. Deshalb sind neue Wege zu einer Friedenslösung für Europa nur unter Beteiligung der basisdemokratischen Friedens-, Ökologie- und Emanzipationsbewegungen in Ost und West möglich. Die eigenständigen blockübergreifenden Aktionen dieser Bewegungen gehen mit der vollen Durchsetzung der politischen Rechte für alle Bürger einher.“³²

In einem Anschreiben wurden die Friedenskreise in der DDR zur Diskussion über diese Initiative eingeladen. Fortan befaßten sich gerade auch christliche Gruppen mit diesem Appell an die USA und die Sowjetunion, die Armeen aus Deutschland abzuziehen und an einem Vertragssystem für eine europäische

31 „Abrüstung von unten“ – Anregung zu einer Aktion. Mitglieder aus Friedenskreisen in der Mecklenburgischen Landeskirche und der Kirchenprovinz Sachsen, August 1983 (Informationsblatt).

32 Initiative für Blockfreiheit S. 2., Berlin 1985 (Informationsblatt)

Konföderation mitzuwirken. Am 18. November 1985 fand in Naumburg/Saale ein Friedensseminar statt, an dem 27 Friedens- und Umweltgruppen teilnahmen. Unter anderem wurde folgendes vorgeschlagen:

„Da wir uns als ein Teil einer blocküberwindenen Friedensbewegung sehen, ist unser eigenständiges Engagement hier in der DDR an sich eine Unterstützung Eurer Initiative. Als konkrete Schritte in Richtung Blockfreiheit und blocküberwindende Friedensbewegung wollen wir gehen:

- a) die Bekanntmachung und Diskussion Eurer Initiative in unseren Friedenskreisen,
- b) Partnerschaft zwischen unseren Gruppen und Gruppen in Westeuropa,
- c) Abschluß persönlicher Friedensverträge.

Die persönlichen Friedensverträge geben auch den Menschen eine Handlungsmöglichkeit, die nicht aktiv in den Friedensbewegungen mitarbeiten. Damit könnte der Gedanke der Blockfreiheit an Breite gewinnen.“³³

Hier wurde deutlich, daß nach der Stationierung neuer Atomraketen in West und Ost ab 1984 christliche Gruppen durchaus politische Initiativen von außen aufnahmen und sich gegenüber Kirche und Kirchengemeinden in einem Verselbständigungsprozeß befanden. Gerade jener Verselbständigungsprozeß war dann für die Wendegruppierungen 1989 von entscheidender Bedeutung. Die Herkunft vieler Gruppenmitglieder aus dem Milieu der christlichen Gemeinde öffnete diesen dann aber auch die Kirchgebäude als Bühne für Naumburg 1985, ihre politischen Forderungen.

Die Bedeutung der hinter solchen Initiativen stehenden Gruppen begründete sich aus dem schon erwähnten Sozialisierungsnotstand. Die Gruppe, das heißt die Selbstbezeichnung von Kreisen, Verbindungen und Initiativen als Gruppe, verdankte ihre Stellung der Tatsache, daß sich in der DDR keine Vereinigungen und Vereine frei organisieren und registrieren lassen konnten. Darum gab es auch eine zunehmende Tendenz – bei welchen Gruppen auch immer –, sich in Netzwerken zusammenzufinden. Gegenüber den unabhängigen Gruppen sozialisierten sich Gemeindegruppen in höherer Zahl. Dort versammelten sich die Menschen meist unter den Themenfeldern Frieden und Ökologie. Häufig konstituierten sich die Gemeindegruppen als Vorbereitungskreise der jährlich stattfindenden „Friedensdekade“. In diesen Gruppen fanden breite Verständigungsprozesse statt, die nicht zuletzt auch in die verantwortlichen Gemeindekirchenräte der Ortsgemeinden hineinwirkten. Über die Anzahl der Gruppen gab es unterschiedliche Analysen und Schätzungen. Das landesweite Friedensseminar „Konkret für den Frieden“, das zwischen den Tagungen einen sogenannten Fortsetzungsausschuß gebildet hatte, registrierte alle Gruppen, die sich öffentlich zu erkennen gaben. Es waren, Schwankungen von Jahr zu Jahr

33 Offener Brief an die Unterzeichner „Initiative für Blockfreiheit“ (Informationsblatt).

berücksichtigt, etwa 200 sozialethische Gruppen dieser Art. Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen schätzte die Zahl der Gruppen im Raum der evangelischen Kirche Ende 1988 auf 320.³⁴

Die Staatsicherheit schätzte Ende der achtziger Jahre die Zahl der Gruppen, die sogenannter Untergrundtätigkeit nachgingen, auf ca. 150 bzw. 160. Armeegeneral Erich Mielke übersandte den Leitern der Dienstseinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit eine umfangreiche Einschätzung der oppositionellen Bestrebungen in der DDR, zugleich verbunden mit der Aufforderung, bis 30.6.1989 entsprechende neue Erkenntnisse in Form von Kurzauskünften an die ersten Sekretäre der Bezirksleitungen der SED zu übergeben.³⁵

In der Information über feindliche Zusammenschlüsse werden 160 Gruppen dieser Art aufgezählt, davon 150 sogenannte kirchliche Gruppen. Des weiteren werden zehn personelle Zusammenschlüsse mit koordinierender Funktion, das heißt in der Sprache der Gruppen mit Netzwerkcharakter, genannt. Über die Teilnehmer an politischen Aktionen wird folgendes berichtet:

„Das Gesamtpotential dieser Zusammenschlüsse, dazu gehören auch peripher angegliederte Kräfte, die in der Regel ohne eigenständige Beiträge lediglich Teilnehmer von Aktivitäten/Veranstaltungen darstellen, beträgt insgesamt ca. 2500 Personen. (In diese Zahl nicht einbezogen sind Sympathisanten oder politisch Irregeleitete, die im Ergebnis gezielter Einwirkungen vorgenannter Kräfte – u. a. Erzeugung von sogenannten Solidarisierungseffekten – häufig in deren öffentlichkeitswirksame Aktivitäten einbezogen werden und damit das Potential und die Wirksamkeit solcher Zusammenschlüsse beträchtlich vergrößern.) Etwa 600 Personen sind den Führungsgremien zuzuordnen, während den sogenannten harten Kern eine relativ kleine Zahl fanatischer, von sogenanntem Sendungsbewußtsein, persönlichem Geltungsdrang und politischer Profilierungssucht getriebener, vielfach unbelehrbarer Feinde des Sozialismus bildet.“³⁶

Die Differenz in Registrierung und Schätzung der Gruppen läßt sich folgendermaßen erklären. Die evangelische Kirche hatte auch solche Gruppen vor Augen, die eine politische Wirksamkeit nach außen nicht beabsichtigten. Diese

34 Uwe-Peter Heidingsfeld, Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Aspekte der Entstehung und des Wirkens aus westlicher Sicht. epd-Dokumentation 21/1992, Berlin 1992.

35 Aus der Gauck-Behörde liegen mir diesbezüglich folgende Unterlagen vor: Schreiben des Ministers an die Leiter der Dienstseinheiten, Vertrauliche Verschlußakte 008 Mfs-Nr. 39/89, Blatt 1–3. Außerdem: Information über die Herstellung und Verbreitung nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters durch Personen, die personellen Zusammenschlüssen angehören, Nr. 168/89, 12 Blatt und 4 Blatt Anlage. Dazu: Information über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen. Nr. 150/89, 18 Blatt und 26 Blatt Anlage. Außerdem: Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen, ohne Registrierung, S. 1–307.

36 Information über feindliche Zusammenschlüsse, a.a.O., S. 3–5.

waren zumeist Gesprächskreise oder Vorbereitungsgruppen für friedensethische Veranstaltungen. Der Verfasser kann von seinem jetzigen Wohn- und Arbeitsort Eberswalde (seit 1991) berichten, daß der langjährige Gesprächskreis „Junge Erwachsene“ um den ehemaligen Kreisjugendwart Martin Appel von Jahr zu Jahr die „Friedensdekade“ vorbereitete. Aus diesem Kreis heraus wurden nach dem 7. Oktober 1989 Friedensgebete in der Maria-Magdalenen-Kirche organisiert, die ab Ende Oktober in Demonstrationen auf dem Marktplatz der kleinen Stadt mündeten. Mitglieder aus diesem Gesprächskreis gehörten in jenen Tagen gleichfalls zur Trägergruppe des „Neuen Forum“, die in Eberswalde gemeinsam mit der „Sozialdemokratischen Partei in der DDR“ (SDP) die Wende und die Ablösung der SED-PDS organisierten.

Mit diesem kleinen Beispiel wird deutlich, daß sich in Gesprächskreisen wie auch in unabhängigen Zirkeln, Kulturgruppen u. a. Menschen frei assoziierten und gewissermaßen die politisch-geistige Reserve für die kurze Revolution des Herbstes 1989 entwickelten. Die Staatssicherheit auf der anderen Seite hatte insbesondere die Personen und Gruppen im Auge, die mit Hilfe westlicher Medien ihre politischen Initiativen publik machten; außerdem versuchte sie die unabhängigen (das heißt die kirchenunabhängigen) Arbeitszusammenhänge zu kontrollieren oder auszuschalten. Im Seminar „Frieden konkret“ wurde seit 1987 auch zu Menschenrechtsfragen gearbeitet. Von den unabhängigen Gruppen wurde die landesweite Koordinierungskonferenz wohl besucht, nicht aber als wirkliche Handlungsebene ernst genommen.

III. *Politische Gruppierungen und die Formierung der Opposition 1989*

1. *Selbstverständnis und Außenwirkung der unabhängigen Gruppen*

Eine der ersten politischen Gruppen, die sich außerhalb der evangelischen Kirche organisierte, war die „Friedensgemeinschaft Jena“ um den Bürgerrechtler Roland Jahn. Diese Friedensgemeinschaft, die einer besonders starken Verfolgung durch die Sicherheitsbehörden ausgesetzt war, startete verschiedene Aktionen. Von besonderem Mut zeugte, daß Roland Jahn u. a. am 19.5.1983 eine Demonstration organisierte. Die Demonstranten trugen die Losungen „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Verzichtet auf Gewalt“. Daß diese Demonstration am Rande einer FDJ-Kundgebung stattfand, erboste die Behörden besonders. Viele Mitglieder der Gemeinschaft wurden gedrängt, einen Ausreiseantrag zu stellen. Die auf März 1983 datierte Konzeption der „Friedensgemeinschaft Jena“ konnte durch Verhaftungen und die Ausreise einiger Mitglieder nach West-Berlin nicht anhaltend eingelöst werden. Ein auch heute bedrückendes Datum war mit dem 12.4.1981 gegeben. Matthias Domaschk, Mitglied der Friedensgemeinschaft und der Jungen Gemeinde in

Jena, kam in einem Staatssicherheitsgefängnis im Alter von 24 Jahren ums Leben.³⁷ Vom ersten gemeinsamen Auftreten der Jenaer Gruppe in einer Schweigeminute für den Frieden am 14. November 1982 mit ca. 70 jungen Leuten auf einem öffentlichen Platz bis hin zur faktischen Ausbürgerung Roland Jahns am 20.6.1983 währte ihre Wirksamkeit. Konzeptionell beschrieb die Gruppe ähnliche Inhalte, wie sie auch in anderen Friedensgruppen internalisiert wurden. Die Besonderheit und damit der eindeutig oppositionelle Charakter bestanden allerdings in der Ungebundenheit ihrer Mitglieder und ihren offenen Aktionsformen. In der Konzeption hieß es dazu:

„Wer sind wir:

Solidargemeinschaft – bestehend aus Christen, Atheisten, konfessionell Ungebundenen, keine pol. Organisation, ohne Leitung, ohne eingeschriebene Mitglieder.

Formen:

- Treten in und vor die Öffentlichkeit durch die Durchführung von Gottesdiensten+Meditationen, durch Ausstellungen und Vorstellungen, durch Ausgestaltung von Gesprächsrunden+Organisation derselben, durch Schreiben, Aufrufe und Eingaben.
- persönliche Zuwendung zum einzelnen durch Gespräche, Geldspenden und praktische Hilfe.
- Aufsuchen staatl. und kirchl. Stellen zwecks Verständigung durch Teilnahme an Gesprächsforen, Einladen zu Gesprächskreisen, Nutzen öffentlicher Sprechstunden.
- Verbindungsaufnahme zu anderen Friedenskreisen im In- und Ausland zwecks Austausch und Zusammenarbeit durch Besuch+Teilnahme an Veranstaltungen anderer Kreise, Einladen zu eigenen Veranstaltungen, persönliche Kontakte zu deren Vertretern.“³⁸

Die Formulierung von den unabhängigen Gruppen bzw. der unabhängigen Friedensbewegung war wohl eine westliche Sprachregelung, um den politischen Charakter dieser und andere Gruppierungen zu kennzeichnen. Selbstverständnis und Aktionsformen dieser Gruppen, z. B. der „Friedensgemeinschaft Jena“, der „Frauen für den Frieden“, der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ oder der Leipziger Menschenrechtsgruppen aus den Jahren 1987 bis 1989 zeigten deutlich, daß diese Bezeichnungen treffend waren. Die Ungebundenheit gegenüber einer Institution und die unkonventionelle Art öffentlichen Auftretens, häufig aufgezeichnet von akkreditierten Korrespondenten aus westlichen Staaten, waren die beiden herausragenden Merkmale dieser Gruppen. Wenige Personen konnten in dieser Konstellation erhebliches

37 Der Spiegel Nr. 26/83, S. 68–78.

38 Konzeption – Die „Friedensgemeinschaft Jena“, März 1983 (Typoskript).

Aufsehen erregen; allerdings blieben viele von ihnen in der staatlich gelenkten Gesellschaft isoliert.

Im März 1982 verabschiedete die Volkskammer in der DDR ein neues Wehrdienstgesetz. Frauen im Alter zwischen 18 und 50 Jahren wurden in besonderen Fällen zum Wehrdienst verpflichtet. Insbesondere für den Verteidigungsfall sollten sie nach und nach von den Wehrkreiskommandos registriert werden. Diese Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung der DDR-Gesellschaft löste Proteste aus und führte schließlich zur Gründung der Gruppierungen „Frauen für den Frieden“. Bärbel Bohley begann auf der ersten Berliner Friedenswerkstatt in der Erlöserkirche im Jahr 1982, Unterschriften für eine Eingabe an den Staatsratsvorsitzenden zu sammeln, mit der die Verweigerung gegenüber dieser Verpflichtung bekundet wurde. Die „Frauen für den Frieden“ entwickelten erste Netzwerkstrukturen in verschiedenen Städten, z. B. in Dresden, Leipzig und Halle. Die Frauen arbeiteten in kleinen Gruppen zusammen, organisierten Friedensgebete, Klagegottesdienste und hielten Verbindung untereinander und zu anderen Gruppen.

Katrin Eigenfeld aus der Hallenser Frauengruppe berichtete über Aktivitäten und die Solidarität untereinander:

“...Die Zusammensetzung änderte sich – es blieben immer ca. 20 Frauen unterschiedlichen Alters, die sich regelmäßig treffen. Privates und Öffentliches gehen ineinander über. Das spiegelt sich in den behandelten Themen wider: Sicherheitspartnerschaft, Kindererziehung, Leiden (D. Sölle), Feminismus, Rosa Luxemburg, Träume, Frauenfreundschaften und die immer neuen Probleme und Konflikte mit Beruf, Schule, Haushalt, Kindern, Männern und der ’großen Politik’...

Aber da wir uns nicht als ’Rivalinnen’ gebärden mußten, gelang es, sich gegenseitig zu akzeptieren und immer besser kennenzulernen: Weibliche Solidarität – für viele eine neue Erfahrung. Das half der Gruppe zu überleben, denn die Aktionen nach außen (Fasten, Schweigen, Klagen, „Friedensdekade“, Eingaben) machen nicht allein ihr Wesen aus. Und es gelang ohne ’Leitung’ auszukommen. Keine ist die Chefin. Jede hat je nach Temperament, Charakter und Interessen etwas anderes zu geben...

Wir verteidigen unser Recht auf ein Leben in Würde als aufrechte, frei denkende Menschen in einer Welt der Phrasen, Ideologien und abstrakten Konstruktionen, in der die einzelnen nicht zählen, wo nur ihre Leistungen gefragt sind. Wir wollen diese entpersönlichte Welt wenigsten aus unseren Köpfen verbannen. Wir haben nichts als die Stimme unseres menschlichen Gewissens und die Liebe zu uns selbst und denen, die uns anvertraut sind.“³⁹

39 Katrin Eigenfeld, Solidarität unter Frauen – Der Arbeitskreis in Halle, in: Spuren, Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR, S. 80–81 (Selbstverlag radix-blätter).

An der Bewegung „Frauen für den Frieden“ und der kaum zu übersehenden Zahl von Frauengruppen nahmen auch Männer teil. Ihre häufig spontanen Aktionen auf Friedenswerkstätten oder Straßenfesten prägten die Kultur der Gruppenszene. Ulrike Poppe, Bärbel Bohley, Antje Böttger, Kathrin Eigenfeld u. a. wirkten mit ihrem geradezu heiteren Mut zuweilen ansteckend. In mehrerer Hinsicht vereinigte die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ seit ihrer Gründung 1985 die Charakteristika, die die unabhängigen Gruppen auszeichneten: Unabhängigkeit, in Ansätzen Netzwerkarbeit, öffentlichkeitswirksame Aktionen, Herausgabe einer Zeitung und Ost-West-Arbeit im Rahmen der seit 1983 jährlich stattfindenden Europäischen Tagung des „Europäischen Netzwerkes für den Ost-West-Dialog“, Verbindungen zur ungarischen Opposition, zu Solidarnosc und „Charta 77“. Schon der Titel der Initiative war Programm: *Frieden und Menschenrechte*. Es wird keinen außenpolitisch dominierten Frieden ohne innere Veränderung, ohne inneren Frieden geben. Die Gruppe war offen für zeitweise Mitarbeit einzelner; leider war sie aber auch von Spitzeln bedrängt, was ihrer Wirksamkeit allerdings wenig abträglich war.

Ralf Hirsch, neben Peter Grimm und Wolfgang Templin Gründer dieser oppositionellen Gruppe, legte einen ersten ausführlichen Bericht über die Initiative vor.⁴⁰ Hirsch beschrieb die Entstehung der Gruppe, die ein Menschenrechtsseminar vorzubereiten beabsichtigte. Außerdem wurde die Gründung einer Menschenrechtsgruppe „Charta 85“ erwogen. Kirchliche Veranstaltungsräume standen nicht zur Verfügung, und so gründete sich diese Initiative um die Jahreswende 1985/86. Im Gründungspapier wurden folgende Arbeitsschwerpunkte festgeschrieben:

„Im Vorbereitungskreis wurden weitere Arbeitspunkte diskutiert und festgelegt, es bildeten sich dazu Arbeitsgruppen, in denen Mitglieder verschiedener kirchlicher und autonomer Friedenskreise zusammenarbeiteten. Mit diesem Stand wollen wir Euch vertraut machen.

Arbeitsschwerpunkte und Arbeitsgruppen:

- Frieden und Menschenrechte
- Recht auf Arbeit als grundlegendes Menschenrecht
- Menschenrechte und Justiz
- Kirche und Menschenrechte
- Menschenrechte und Erziehung Jugend
- Perspektiven der Menschenrechtsarbeit in der DDR
- Umwelt, Gesundheit und Menschenrechte
- Menschenrechte im militärischen Bereich

40 Ralf Hirsch, *Die Initiative Frieden und Menschenrechte*, in: Ferdinand Kroh, (Hg.), *Freiheit ist immer Freiheit*, S. 210–233.

Bei all diesen Schwerpunkten wollen wir uns auf die Situation und Entwicklung im eigenen Land konzentrieren, was die Auseinandersetzung mit Menschenrechtsproblemen sowie die Zusammenarbeit und Solidarität mit Menschenrechtsinitiativen in anderen Ländern nicht ausschließt.“⁴¹

Mit diesem nicht datierten Dokument wurde direkte Opposition gegenüber dem SED-Staat angesagt. Die Konzentration auf die Situation im eigenen Land und die Behauptung der Notwendigkeit, Menschenrechtsarbeit in der DDR zu organisieren, können rückblickend als Start für die Formierung der DDR-Opposition betrachtet werden. Die erste Ausgabe der Zeitung „Grenzfall“ wurde zur vierten Berliner Friedenswerkstatt zum Unmut des damaligen Generalsuperintendenten Krusche vorgelegt und verteilt. Ein von den drei Initiatoren und Rainer Eppelmann unterzeichneter „Appell zum UNO-Jahr des Friedens“ eröffnete die erste Ausgabe. Die Verfasser brachten das damals verbreitete Grundgefühl zum Ausdruck, unfrei zu sein: „... Alle Vorschläge sollten in öffentlicher, gesellschaftlicher Diskussion behandelt und geprüft werden:

1. Die Einschränkungen der Reisefreiheit empfinden wir als Mißtrauen der Regierung gegenüber den Bürgern. Reisen in das westliche Ausland sind noch immer nur in Ausnahmefällen (und wirken oft als Belobigung für gesellschaftliches Wohlverhalten) und für Rentner und Invalidenrentner möglich. Auch die Reisemöglichkeiten in das sozialistische Ausland wurden in Einzelfällen ohne Begründung eingeschränkt oder vollständig verwehrt, wie es im Jahr 1985 auffallend häufig geschah.

a. Die uneingeschränkte Reisefreiheit aller Bürger steht als gesellschaftliches Ziel. Auf Grund der ökonomischen und politischen Situation der DDR wird dieses Ziel nur schrittweise zu erreichen sein.

b. Die gesetzliche Garantie der bestehenden Reiseregeln, das heißt Begründungspflicht bei Ablehnung, und die gesetzliche Möglichkeit, dieses Recht gerichtlich einzuklagen.

c. Die schrittweise Erweiterung der Reisemöglichkeiten, die nicht als Privileg oder willkürlich zu gewähren sind, sondern die detaillierter gesetzlicher Festlegungen bedürfen.“⁴²

Fortan waren es Appelle, offene Briefe, Eingaben, Erklärungen aus Anlaß des Besuches ausländischer Staatsgäste und medienwirksam initiierte Aktionen, die das DDR-Regime aufs äußerste reizten. Das Defizit in puncto Freiheit, seine Meinung zu äußern, zu reisen, sich zu versammeln und zu vereinigen, demokratisch zu wählen, zivilen und sozialen Wehersatzdienst zu leisten,

41 A.a.O., S. 213.

42 Zitiert nach Ralf Hirsch, a.a.O., S. 215. In der ersten Ausgabe des „Grenzfall“ wurde eine gekürzte Fassung bekanntgegeben. Siehe Ralf Hirsch und Lew Kopelew (Hg.), Initiative Frieden und Menschenrechte. Grenzfall, S. 1f.

wurde seither im Umkreis und auf Anregung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ in Themen- und Regionalgruppen sowie auf Menschenrechtsseminaren und in Aktionen thematisiert. Im Anschluß an die Bezeichnung „Frieden und Menschenrechte“ wäre es wohl richtig, diese Initiative weitergehend zu charakterisieren: Menschenrechte *und* Freiheit. Die IFM, wie die Initiative in vieler Munde hieß, führte die Freiheitsbewegung in der DDR an – bis hin zur Entfaltung eines Transparents mit dem berühmten Satz von Rosa Luxemburg: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ auf der staatlich organisierten Demonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 17.1.1988. Wie schon in Jena wurden viele Demonstranten gedrängt, in den Westen auszureisen. Der programmatische Titel „Frieden und Menschenrechte“ trug weit. Auch am Runden Tisch, der sich im Dezember 1989 konstituierte, war die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ vertreten. 1991 löste sie sich dann zugunsten des „Bündnis 90“ auf.

An dieser Stelle seien noch solche unabhängigen Gruppen genannt, die regelmäßig Kontakt zu Mitgliedern der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ unterhielten: Der unabhängige Friedenskreis „Wolfspelz“, entstanden 1985 in Dresden, und die 1987 bis 1989 entstandenen Leipziger Gruppen „Initiativgruppe Leben“, die „Arbeitsgruppe Menschenrechte“, der „Arbeitskreis Gerechtigkeit“ und die „Arbeitsgruppe Abgrenzung und Öffnung“. Diese wirkungsvollen Leipziger Gruppen erhielten wiederum manche Anregung von Pfarrer Christoph Wonneberger, der inzwischen an der Leipziger Lukaskirche arbeitete. Wonneberger, dessen interne Wirkung in der Opposition ähnlich bedeutsam war wie die nach außen gerichteten Aktivitäten von Pfarrer Epelmann, wurde von der Staatssicherheit in dem operativen Vorgang „Lukas“ observiert. In einer Einschätzung des für Kirchenangelegenheiten zuständigen Referates XX der MfS-Kreisdienststelle Leipzig-Stadt vom 2.10.1989 informiert der Referatsleiter:

„Seit September 1989 wird durch die AG 'Menschenrechte' in Zusammenarbeit mit dem AK 'Gerechtigkeit' eine Untergrundzeitschrift 'Forum für Kirche und Menschenrechte' hergestellt und verbreitet. Inoffiziell ist dazu bekannt, daß die Lagerung des Papiers und drucktechnische Fertigung in den Gemeinderäumen des *Wonneberger* erfolgt und der Verdächtige für diese Untergrundzeitschrift seine 'innerkirchliche' Druckgenehmigungsnummer zur Verfügung stellt. Es ist geplant, daß diese 'Zeitung' 1989 jeweils monatlich herausgegeben wird und ab 1990 noch öfter“.⁴³

Die unabhängigen Gruppen in der DDR trugen entscheidend zur Politisierung der DDR-Bevölkerung bei und begannen, eine Gegenöffentlichkeit zu organisieren. Die selbstverlegten Zeitungen dieser Gruppierungen waren der Anfang, eine Gegenmacht gegenüber der SED zu strukturieren. Es sind diese Gruppen

43 Zitiert nach: Gerhard Besier, Stephan Wolf (Hg.), Pfarrer, Christen und Katholiken, S. 679.

gewesen, die die weitgreifenden Ideen der Friedens- und Ökologiebewegung und die gelegentlichen individualethischen Verengungen christlicher Kreise aufsprenkten, somit viele kritische Leute auf den Boden der DDR-Tatsachen zurückführten und diese nach und nach für eine oppositionelle Haltung gewannen.

Mit der seit 1985 langsam wachsenden Gegenmacht ging in weiten Teilen der DDR-Bevölkerung eine hoffnungsvolle Rezeption des Sozialismuskonzepts von Michail Gorbatschow, unter den Schlagworten „Glasnost“ und „Perestrojka“ einher. Der Hoffnung, daß sich überhaupt etwas verändern könnte, daß die Verhältnisse veränderungswürdig seien und der spätestens seit 1968 kompromittierte Sozialismus vielleicht doch noch eine dynamische und damit auch haltbare Gesellschaftsform würde, stand die innenpolitische Erstarrung und Härte nach Honeckers Rückkehr von seinem Bonner Staatsbesuch 1987 gegenüber. Aus den unabhängigen Gruppen war nur noch wenig vom Sozialismus zu hören. Bei vielen christlichen Oppositionellen und den links-revisionistischen Denkern, wie in Teil 1 beschrieben, dauerte allerdings der Abschied vom Sozialismus um Monate oder auch Jahre länger.

2. Die Netzwerke und die veränderte Rolle der Kirche

Bei der Beschreibung oppositioneller Aktivitäten aus dem Bereich der Gruppen kann nicht an den DDR-weiten, seit 1983 jährlich stattfindenden Seminaren „Frieden konkret“ bzw. „Konkret für den Frieden“ vorübergegangen werden. Der Anspruch, die sozialetischen Gruppen in der DDR zu vernetzen, stand unter der ausdrücklichen Begleitung der jeweils einladenden evangelischen Landeskirche und wurde sowohl gegenüber den Gruppen als auch gegenüber dem Staat und den Sicherheitsorganen durch die Anwesenheit des jeweiligen Bischofs deutlich. Das Seminar „Frieden konkret“ setzte von Jahr zu Jahr den sogenannten Fortsetzungsausschuß ein. Darin befand sich nun jeweils ein Vertreter für die sich nach Themen sozialisierenden Gruppen. Es wurde also nach einem Schlüssel je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter für die Frauen-, Friedens-, Umweltgruppen u. a. gewählt. Was für das Seminar „Frieden konkret“ der Fortsetzungsausschuß zu erarbeiten hatte, erledigte für andere vernetzende Friedensseminare eine Vorbereitungsgruppe, die zuweilen auch mit einem örtlichen Umwelt- oder Friedenskreis identisch sein konnte. Das Netzwerk „Frieden konkret“ gewann zunehmend Bedeutung, auch in seinen programmatischen Äußerungen. Solche Netzwerke entwickelten ihre politische Dynamik aus sich heraus, also bedingt durch die verzweigte Konstellation und Arbeitsstruktur. Diese Dynamik hatte durchaus ähnliche Außenwirkung wie die oft auf Zuruf verabredeten Aktionen unabhängiger Gruppen. Im Unterschied zu den Gemeindegruppen hatten die Netzwerke eine vorrangig legitimatorische Beziehung zur Kirche. Die evangelische Kirche gab

Rechtsschutz und einen gewissen Freiraum. Neben dem Netzwerk „Frieden konkret“ und den seit 1987 unter diesem Namen stattfindenden Regionalkonferenzen sollen an dieser Stelle wichtige andere aufgezählt werden: die Friedensseminare Königswalde, Meißen, Naumburg und Vipperow, Grünökologisches Netzwerk „Arche“, Arbeitskreis „Solidarische Kirche“, „Kirche von Unten“, „Arbeitskreis Wehrdiensttotalverweigerer“, „Christliches Umweltseminar Rötha“ und die Aktion „Eine Mark für Espenhain“. Die Netzwerkfunktion bauten die Friedens- und Umweltbibliotheken in Berlin, Dresden, Zwickau, Leipzig und an anderen Orten aus.

Die Gründung der Netzwerke und der Umweltbibliotheken geschah in der Regel 1986/87. In der oppositionellen Arbeit wurden die „Ärzte für den Frieden“ und der Zusammenschluß der Dritte-Welt-Gruppen unter dem Kürzel „InKoTa“ (Information, Koordination und Tagung) weniger wirksam, allerdings war gerade hier die internationale Zusammenarbeit ausgeprägt. Das in meinen Augen bedeutendste Verständigungs- und Konsenspapier der Gruppen wurde auf dem Seminar „Frieden konkret VI“ (26.-28.Februar 1988 in Cottbus) verabschiedet. Hans-Jochen Tschiche, seinerzeit Leiter der evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt und späterhin Mitbegründer des „Neuen Forum“ legte im Namen des Fortsetzungsausschusses einen entsprechenden Entwurf unter dem Titel „Teilhabe statt Ausgrenzung – Wege zu einer solidarischen Lebens- und Weltgestaltung“ vor. Dieses von vielen der ca. 200 Gruppen und 2.000 wirklich aktiven Mitglieder getragene Papier hieß in stehender Rede das „Konsenspapier“.⁴⁴

Nicht allein aus den Ansichten des Autors, sondern auch aus einem bereits begonnenden geistigen Veränderungsprozeß heraus begründeten sich die auffälligen und durchaus markant vorgetragenen Positionen. Die Stärkung des einzelnen gegenüber den Machtstrukturen und eine kritische Öffentlichkeit wurden eingefordert; kein Wort wurde über den Sozialismus in der DDR, über die deutsche Frage und eine theologische Begründung politischen Handelns geäußert. Die Vernetzung der Gruppen im Öffentlichkeitsraum der Kirche wird angemahnt und vor Geheimdiplomatie kirchlicher Amtsträger gewarnt. Die Entideologisierung in der DDR wird mit verschiedenen Forderungen verbunden. Immer wieder, von Punkt zu Punkt, wurde von den Gruppen gesprochen. Im Horizont der weitgespannten Forderungen wurden die Gruppen schon als Netzwerke begriffen. Zwischen den Herausforderungen der modernen Industriegesellschaft und den bitteren Realitäten in der DDR erschienen die Gruppen als zukunftsweisende Einrichtungen oder, wie es im Papier heißt, als Trainingsfelder. Diese Selbsteinschätzung ist in der Wirkung der Gruppen überboten worden. Sie bildeten zunehmend Netzwerkstrukturen aus, und die hier gemachten Erfahrungen lösten sich dann in den Bürgerbewegungen bzw.

44 Das Papier wird im Anhang wiedergegeben.

den politischen Vereinigungen, überwiegend im „Neuen Forum“, aber auch bei „Demokratie Jetzt“, „Demokratischer Aufbruch“, in der Sozialdemokratischen Partei und in der Grünen Partei in der DDR 1989 auf.

Andererseits konnten aber die Netzwerke und die hinter ihnen stehenden Arbeits- und Aktionsgruppen die selbstaufgelegten, geradezu überspannten ethischen Erwartungen nicht wirksam nach außen behaupten: die Abkehr vom konsumorientierten Leben, menschenwürdige und umweltfreundliche Strukturen, die Bekanntgabe krisenhafter Situationen durch alle Verantwortungsträger, der Ausstieg aus umweltfeindlichen Technologien, der Abbau konsumorientierter Zielvorstellungen, eine an den Nöten der armen Völker der Welt orientierte Weltwirtschaftsordnung, die Beendigung von militärischer Gewalt und Interventionen u. a. Das Wort von der kritischen Öffentlichkeit bestimmte den Duktus dieses für das Verständnis der Gruppen entscheidenden Textes. Zugleich wird eingestanden, daß die Vernetzung und landesweite Koordinierung der Aktionen der erste Schritt heraus aus den schützenden Räumen der Kirche war. Die weitgespannte ethische Selbstverpflichtung wurde seinerzeit nicht problematisiert. Die bedrückende Unveränderlichkeit der innenpolitischen Verhältnisse und die eben nicht geklärten, sondern nur ausgeblendeten Fragen nach dem Verhältnis zur sozialistischen Ideologie und der deutschen Teilung waren aus meiner Sicht die Ursache dafür. „Teilhabe statt Ausgrenzung“ – dieses Positions- und Identifikationspapier spiegelt den Umbruch im Denken der Handelnden in den Netzwerken und Gruppen wider.

Die unausgesprochene Ablösung vom Sozialismus, die eindeutige Festlegung auf die Durchsetzung von Bürgerrechten und die tagespolitisch gesehen illusionären ethischen Ansprüche kennzeichnen eine Opposition, die unter den Augen des immer dreister agierenden Geheimdienstes ihre politische Rolle suchte.

Die Netzwerke hatten sehr unterschiedliche Ausformungen. Im Norden der DDR gab es nur eines dieser Art, das „Mobile Friedensseminar“. Die beiden Theologen Markus Meckel und Martin Gutzeit sowie ein örtlicher Friedenskreis organisierten dieses Seminar im Pfarrgelände von Vipperow am Müritzsee. In jedem Sommer kamen kleine Gruppen auf verschiedenen Wegen nach Vipperow. Urlaub und seminaristische Arbeit sowie Verabredungen zu gruppenübergreifenden Aktionen standen auf dem Programm. Das Seminar war auch darum ein beliebtes Ziel, weil sich so für einige Oppositionelle, die mit Reiseverbot belegt waren, ein regelmäßiger Treffpunkt im Sommer ergab. Wenigstens untereinander konnte Neues erlebt werden. Unter wahrlich schlichten Bedingungen versammelten sich in Vipperow im Laufe der Jahre einige hundert Mitglieder aus Friedens- und Menschenrechtsgruppen. Der Sommer 1987 brachte eine Vereinbarung, die in einem auf den 10.8.1987 datierten Brief an alle bekannten Gruppen ihren Ausdruck fand. Für September 1987 hatte die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgeg-

ner (DFG-VK) zum Olof-Palme-Friedensmarsch für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa gemeinsam mit dem SED-gelenkten Friedensrat der DDR aufgerufen. Verschiedene Kundgebungen für diesen auf 150 km Breite angelegten atomwaffenfreien Korridor sollten in den beiden deutschen Staaten stattfinden. Ein zeitweiliges Nationales Komitee, in das auch die evangelische Kirche zwei Vertreter entsandte, sollte die Aktionen koordinieren. Die versammelten Mitglieder verschiedener Gruppen schrieben im besagten Brief:

„Wir sind aber der Meinung, daß sich möglichst viele Basisgruppen an dem Marsch mit eigenen Inhalten und Initiativen beteiligen sollten, da wir ähnliche Forderungen seit Jahren diskutieren und vertreten. Aktionen wie dieser Olof-Palme-Friedensmarsch sollten auf beiden Seiten der Blockgrenze von der Basis getragen werden. Für uns bietet sich hier eine Chance, die Forderung nach einem atomwaffenfreien Korridor mit eigenen Akzenten zu unterstützen. Zum Beispiel:

- Atomwaffenfreier Korridor kann nur ein erster Schritt zum entmilitarisierten Korridor sein.
- Einseitige Abrüstung
- Ziviler Wehersatzdienst
- Recht auf Wehrdienstverweigerung
- Defensivstruktur der NVA
- Vertrauen – Entspannung von Unten
- Friedenserziehung
- Transparenz

Trotz der bisher vom Friedensrat fehlenden Bereitschaft zur Akzeptanz eigenständiger Friedensinitiativen sind wir jetzt in dem von ihm mitverfaßten Aufruf zur Beteiligung am Marsch angesprochen.“⁴⁵

Die moderat formulierten Forderungen erinnern u. a. an das Anliegen des „Sozialen Friedensdienstes“, an die politische Überwindung der Blockkonfrontation und ermutigten, diesen geplanten Marsch mit selbstformulierten Zielen zu einem politischen Ereignis der Transparenz zu machen. Außerdem wurde für den 24.8.1987 ins Berliner Stadtjugendpfarramt eingeladen, um die Aktionen im einzelnen zu planen. Vielerorts sahen Gruppen, Kirchengemeinden, Ausreisewillige u. a. die Gelegenheit gekommen, endlich frei zu demonstrieren. Schon der Fortsetzungsausschuß des Seminars „Frieden konkret“ hatte in allgemeiner Form am 17.7.1987 aufgerufen, Aktionen mit dem Friedensrat gemeinsam zu organisieren. In der Folge fanden nun zwischen Stralsund im Norden und Schmilka im Süden verschiedene Veranstaltungen,

45 Mobiles Friedensseminar, Brief an die Gruppen des Seminars „Frieden konkret“, Vipperow 10.8.1987 (Informationsblatt).

Demonstrationen, Pilgerwege, Friedensforen u. a. statt. Anfang der achtziger Jahre waren Jugendlichen landauf, landab die Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ von Sicherheitsorganen, Lehrern oder Parteigenossen abgerissen worden. Jetzt spürten viele, daß die Zeit gekommen sei, neue Transparente herzustellen. Der Olof-Palme-Marsch wurde nicht selten umfunktioniert in einen Protestmarsch gegen den SED-Staat – und die Sicherheitsorgane schritten nicht ein. Am 6.9.1987 fand in Berlin die erste freie Friedensdemonstration unter großer Beteiligung von Christen und Nichtchristen statt. Das Friedens- und Widerstandssymbol „Schwerter zu Pflugscharen“ konnte wieder außerhalb der Kirche getragen werden.

Unter dem Eindruck des aus der Sicht der Kirche positiv verlaufenen Olof-Palme-Marsches tagte vom 18.-22.9.1987 die Synode des Bundes der evangelischen Kirchen in Görlitz. Das Friedenszeugnis der evangelischen Kirchen, welches seit 1982 in intensiven Diskussionen auf allen kirchlichen Ebenen besprochen wurde, fand nun Eingang in ein richtungsweisendes und förmlich beschlossenes Bekenntnis, welches unter dem Titel „Bekennen in der Friedensfrage“ verbreitet wurde. Darin wurde die förmliche Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung wiederholt und – eine Provokation für den Staat – die Wehrdienstverweigerung als Ausdruck des christlichen Gehorsams legitimiert. Auf jener Synode brachte der Erfurter Propst Heino Falcke den von einer Initiativgruppe formulierten und von der Bartholomäusgemeinde Berlin getragenen Antrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ vor das Plenum. Damit war, ungeachtet heftiger Einspruchsversuche von seiten der SED und der Staatssicherheit, auch in der Kirche der Zusammenhang von Frieden und Bürgerrechten in kurzen Worten anerkannt, denn Abschreckung und Abgrenzung waren Synonyme für den bedrohten äußeren Frieden und die aufgezwungene Unfreiheit im Inneren des Staates. Heino Falcke begründete die Forderungen des Antrages nach mehr Öffentlichkeit und Gewährung der Reisefreiheit:

„Ich habe diesen Antrag aus drei Gründen aufgenommen:

1. Ich teile die Diagnose dieses Antrages, daß unsere Gesellschaft an den Folgen einer früheren, aber auch noch fortdauernden Praxis und Ideologie der Abgrenzung schwer krank ist. Das geht uns als Christen und Kirchen von unserem Auftrag her und um der Menschen willen an.
2. Wie viele andere unter uns habe ich ständig mit Menschen zu tun, die an der Praxis der Abgrenzung leiden. Mich beunruhigt, daß die Zahl der Menschen, die mit solchen Leiden zu mir kommen, in letzter Zeit gestiegen ist. Das breite Echo, das dieser Antrag vor der Berlin-Brandenburgischen Synode gefunden hat, über 200 Eingaben an die Bundessynode, zeigt, daß hier wirklich eine Wunde in unserer Gesellschaft berührt ist.“⁴⁶

46 Heino Falcke, Antrag und Begründung, in: Stephan Bickhardt (Hg.), *Recht ströme wie Wasser*, S. 117.

Falcke äußerte auch Bedenken, ob dieser Antrag, der ja schließlich aus einer der Gruppen stammte, nicht als Kampfansage gegenüber dem Staat zu verstehen sei. Ganz im Sinne seiner These vom „verbesserlichen Sozialismus“ gab er aber zu bedenken:

„Wir müssen es lernen, unsere Probleme in der DDR unter den Bedingungen der Weltoffenheit freimütig zu besprechen. 'Offenheit' nach außen ist nur zu haben, wenn man die „Offenheit“ auch im Innern wagt.

Dem Ansehen des Sozialismus können wir nicht dienen, indem wir über seine Schwächen und Defizite den Mantel des Schweigens breiten, im Gegenteil, das erzeugt Mißtrauen. Wenn in unserer Gesellschaft offene Kritik geäußert werden und Meinungsstreit stattfinden kann, das wird im Ausland wie im Inneren Vertrauen in unsere Gesellschaft wecken.“⁴⁷

Der Erfurter Propst schloß mit einer theologischen Begründung:

„Das heißt aber auch, ebenso wie das Nein der Absage an die Abschreckung aus dem Ja des Friedensevangeliums kommt, so lebt die Absage an die Abgrenzung aus dem Ja der grenzüberschreitenden Liebe und Versöhnung.“⁴⁸

Die Bundessynode der evangelischen Kirchen hat mit ihren Görlitzer Anträgen und Beschlüssen – eine förmlich ausgesprochene Absage an die Abgrenzungspolitik wurde nicht erklärt – eine bis dahin ungekannte Politisierung erfahren und sich infolgedessen künftig mehr und weitgehender mit den oppositionellen Gruppen, aber auch der aufbegehrenden Bevölkerung solidarisiert.

Friedrich Schorlemmer, ein weiterer Wortführer der gesellschaftskritischen Theologen in der Synode, kündigte auf seine Weise dem Staat DDR seine Opposition an.

„Ich sehe uns in unserer Gesellschaft einerseits *vor den Trümmern zerbrochener Träume* stehen, und das möchte ich gern hier – auch nach Gesprächen mit vielen Gemeindegliedern – benennen.

1. Ich sehe uns zuerst vor den Trümmern des Konzepts der „Kirche im Sozialismus“, die es nicht vermocht hat, Tausenden Mitchristen Mut zu machen, hier in diesem Lande zu leben und denen Mut zu machen, die in diesem Lande leben bleiben, aktiv in dieser Gesellschaft mitzuwirken.“⁴⁹

Was, aus verschiedenen Richtungen kommend, auf der Bundessynode in Görlitz begann, mündete ein in den weitgehenden Forderungskatalog der Bundessynode, die vom 15.-19.9.1989 in Eisenach tagte – unter dem Eindruck der Fluchtbewegung und der ersten Aufrufe der Bürgerbewegungen:

„Wir brauchen:

47 A.a.O., S. 119.

48 A.a.O., S. 121.

49 Friedrich Schorlemmer, Rede auf der 3. Tagung der 5. Bundessynode (Typoskript).

- ein allgemeines Problembewußtsein dafür, daß Reformen in unserem Lande dringend notwendig sind;
- die offene und öffentliche Auseinandersetzung mit unseren gesellschaftlichen Problemen;
- jeden für die verantwortliche Mitarbeit in unserer Gesellschaft;
- Wahrhaftigkeit als Voraussetzung für eine Atmosphäre des Vertrauens;
- verantwortliche pluralistische Medienpolitik;
- demokratische Parteienvielfalt;
- Reisefreiheit für alle Bürger;
- wirtschaftliche Reformen;
- verantwortlichen Umgang mit gesellschaftlichem und persönlichem Eigentum;
- Möglichkeit friedlicher Demonstrationen;
- ein Wahlverfahren, das die Auswahl zwischen Programmen und Personen ermöglicht.“⁵⁰

Im Unterschied zur Haltung der evangelischen Kirche Anfang der achtziger Jahre äußerten sich die synodalen Gremien und einzelne Kirchenvertreter seit 1987 im Zweifelsfall zugunsten der Bedrängten. Der Verfasser will damit darauf hinweisen, daß die Öffnung der evangelischen Kirche für sozialetische und politische Fragen eine Voraussetzung für den Einzug Tausender Menschen in die Kirchen während der Monate September bis Dezember 1989 gewesen ist. Obwohl der Einfluß der Staatssicherheit und ihrer Inoffiziellen Mitarbeiter sowie einiger kontaktfreudiger Juristen und Theologen groß war, bildete diese Entwicklung in den evangelischen Kirchen den Hintergrund dafür, daß die Kirche und ihre Räumlichkeiten ein weitgehender Schutzraum für die oppositionellen Bewegungen war. Die ordnungspolitische Arbeitsteilung zwischen SED und Kirche wurde von unten her aufgebrochen.

3. *Die Kulmination der politischen Ereignisse und der Dialog der Andersdenkenden*

In den Räumen der evangelischen Zionsgemeinde in Berlin war seit 1986 die Umweltbibliothek untergebracht. Neben Ausstellungen und Diskussionsveranstaltungen zu Umwelt- und Menschenrechtsfragen waren die gleichfalls seit 1986 herausgegebenen „Umweltblätter“ das Charakteristikum der Arbeit dieses Netzwerkes. Tausend Exemplare wurden jeweils gedruckt. In der Nacht vom 24. zum 25. November wurden die Räume der Umweltbibliothek vom Geheimdienst durchsucht und sämtliche Vervielfältigungsgeräte beschlagnahmt.

⁵⁰ 5. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 15. – 19.9.1989 in Eisenach.

Die Staatssicherheit vermutete, daß in jenen Räumlichkeiten die Untergrundzeitung „Grenzfall“ hergestellt würde. Sieben Personen wurden festgenommen und Berliner Oppositionelle unter Hausarrest gestellt. „Grenzfall“, die Untergrundzeitung der unabhängigen „Initiative Frieden und Menschenrechte“, wurde besonders argwöhnisch betrachtet. Diese Aktion machte die Untergrundzeitschriften sowie die Umweltbibliotheken und die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ erst richtig bekannt, insbesondere über die westlichen Medien. Mahnwachen, spontane Protestveranstaltungen und eine landesweite Solidarisierung unter den Gruppen fand statt. Andererseits bedeutete die versuchte Kriminalisierung von seiten des Staates auch eine Schwächung bzw. Infragestellung der Opposition. In jenen Monaten gab es viele Aktionen, und die Opposition versuchte unvermindert ihre Aktivitäten weiter zu entfalten. Reinhard Weißhuhn, Mitglied der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, zog in der vorerst letzten Ausgabe des „Grenzfall“ aus dem Jahre 1987 interessante Schlüsse für das weitere politische Handeln in Ostdeutschland:

„Die Fehlkalkulationen der Betonköpfe sind offensichtlich. Nicht nur mangelnde Aufklärung der Zusammenhänge und Verbindungen in der so unordentlich strukturierten unabhängigen Bewegung, vor allem die Fehleinschätzung ihrer Größe und ihres Selbstbewußtseins mußten sie zur Kenntnis nehmen. Vermutlich gilt das auch für die Vorstellung von der internationalen Reaktion und deren Auswirkung auf das Verhalten der Gegner des Blockes aus MfS und anderen Vertretern des harten Kurses. Es sind Anzeichen für Veränderungen im Kräfteverhältnis innerhalb des Staats- und Parteiapparates zu erkennen. Auch der politischen Polizei ist längst nicht mehr alles möglich, was sie lange genug für selbstverständlich hielt: beliebig einsetzbare Willkür gegen alle, die sie als Staatsfeinde betrachtet und bezeichnet, ob im Verhör oder im Neuen Deutschland. Die unabhängige Bewegung wächst sich zum ernstzunehmenden Faktor aus, dem auf Dauer der Dialog nicht mehr verweigert werden kann.“⁵¹

Der Dialog allerdings blieb noch fast zwei Jahre aus, und die SED führte im Januar 1988 einen weiteren wirksamen Schlag gegen die Opposition. Im Zusammenhang mit der Beteiligung Oppositioneller an der sogenannten Kampfdemonstration für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden mehr als hundert Oppositionelle, u. a. aus einer Gruppe Ausreisewilliger unter dem Namen „Staatbürgerschaftsrecht“, verhaftet. Informationsveranstaltungen, Fürbittandachten und Solidaritätserklärungen breiteten sich in bisher nicht gekannter Weise im ganzen Land aus. Die Staatssicherheit spitzte die Situation auch dadurch zu, daß am 25.1.1988 um 5.00 Uhr morgens weitere führende Mitglieder aus oppositionellen Gruppen verhaftet wurden (Freya Klier, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Wolfgang und Regina Templin, Ralf Hirsch). Einige Tage später wurden schließlich die genannten sowie der Liedermacher Stefan

51 Reinhard Weißhuhn, Kommentar. Resümee von unten, in: R. Hirsch/L. Kopelew (Hg.), a.a.O., S. 142.

Krawczyk, die Umweltschützerin Vera Wollenberger und andere erfolgreich gedrängt, zeitweilig in ein westliches Ausland auszureisen.

Unter dem sinnreichen Titel „Fußnote 3“ legte im Juli 1988 die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ eine von Peter Grimm, Reinhard Weißhuhn und Gerd Poppe erarbeitete umfangreiche selbstverlegte Dokumentation der Januar-Ereignisse vor. Eben jene Fußnote 3 bzw. Anmerkung aus dem Werk Rosa Luxemburgs enthält den Satz „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“, der fortan die Losung der Opposition wurde. Der Verfasser erinnert sich noch gut daran, daß seinerzeit die Rede von den Andersdenkenden nicht nur bei Engagierten, sondern überhaupt in aller Munde war. Das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit avancierte fortan zum innenpolitischen Thema Nummer 1. Mit dieser Verhaftungs- und Abschiebeaktion war die SED für einen gewissen Zeitraum die mutigsten Oppositionellen los, und wie sich der Verfasser erinnert, breitete sich eine durchaus depressive und trotzigte Stimmung in den Gruppen aus. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse wurden die erwähnten Positionen im Konsenspapier „Teilhabe statt Ausgrenzung“ im Juni 1988 formuliert.

Mit den Daten 24.11.1987 und 17.1.1988 verbindet sich der Versuch der SED, die Herausbildung einer geschlossenen Opposition zu verhindern. Führende Oppositionelle sollten isoliert, die Netzwerke geschwächt und die unabhängigen Gruppen aufgelöst werden. Es dauerte ein Jahr, bis die Oppositionellen wieder ähnlich öffentliche Aufmerksamkeit erlangten wie in jenen Wochen. Die unabhängige Beobachtung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 durch Gruppen, Kirchenleute und spontan hinzugekommene Bürger wurde die nächste landesweit erfolgreiche Aktion. Die im Juni 1989 begonnene Fluchtbewegung, zunächst über Ungarn, tat ein übriges zur Demaskierung des sozialistischen Systems in der DDR.

Die unabhängigen Gruppen und Netzwerke behaupteten in jenen Jahren ihre Unabhängigkeit, indem sie oppositionelles Schrifttum selbst verlegten und so eigene Kommunikations- und Informationsstrukturen aufbauten. Die selbstverlegten Zeitungen, Zeitschriften, Mappen und Hefte – es mögen etwa fünfzig dieser Art im ganzen Land gewesen sein – waren häufig mit dem schützenden Vermerk „Für den kirchlichen Dienstgebrauch“ versehen, oder wie im Falle der „Arche Nova 1 – Forum für ökologische Gestaltung in Umwelt und Gesellschaft“, herausgeben durch das „Grüne Netzwerk Arche“, mit dem ironischen Vermerk „Natürlich innerkirchliche Information“ belegt. Maßstäbe für diese Zeitungen und Zeitschriften setzten die schon erwähnten „Umweltblätter“ sowie der „Grenzfall“. Unter den kulturell ambitionierten Zeitschriften war insbesondere „Kontext – Beiträge aus Politik, Gesellschaft und Kultur“, gefragt, u. a. von Torsten Metelka herausgegeben. Allein schon die Titel der selbstverlegten Publikationen sprachen für die Vielfalt der politischen Äußerungen, aber auch von der Erwartung, daß sich bald Grundle-

gendes ändern müsse: „Aufrisse“, „radix-blätter“, „Wendezeit“, Friedrichsfelder Feuermelder, Aufbruch, Blattwerk, Informationsblatt „Nachtgebete“, „Die Pustebume“, „Der Straßenfeger“, „Grün-Kreuz-Blätter“, „Anschlag“, „Glasnot“, „Kontakte-Umwelt-Frieden-Dritte Welt“, „Streiflichter“, „Zweite Person“, „Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde“, „Friedensnetz“, „Unterwegs“, „Zwischenruf“, „Ostkreuz“ u. a. Die Auflagen dieser Blätter schwankten zwischen 100 und 1.000 Exemplaren, sie erschienen in Abständen von vierzehn Tagen bis zwei Monaten. In der Regel wurden in den selbst-verlegten Zeitungen und Zeitschriften keine theoretischen Diskussionen über eine oppositionelle Strategie geführt. Vielmehr wurden Aktionen reflektiert oder auch nur vorgestellt und angekündigt. Schriftsteller und Künstler kamen zu Wort, Buch- und Veranstaltungstips wurden weitergegeben – und wieder gab es politische Informationen zu den Kirchentagen, der Perestrojka in der Sowjetunion und geschichtliche Rückblicke über Prag 1968, die ungarische Revolution 1956 oder den Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953.

Die Opposition befand sich in einer Orientierungskrise und gleichzeitig in einer kreativen und von Aktionen bestimmten Phase. Reinhard Weißhuhn sprach davon, daß sich die SED bald nicht mehr dem politischen Dialog entziehen könne. Die SED benutzte das Wort allerdings als bemäntelnde Phrase. Der Schriftsteller und Psychologe Jürgen Fuchs hingegen – und darin finanziell von Wolf Biermann und organisatorisch von Roland Jahn unterstützt – nahm das Wort beim Wort. Er gab unter dem Titel „Dialog“ in den Jahren 1985 bis 1989 monatlich seine persönliche Text- und Lektüremappe für die Opposition in der DDR heraus. Hunderte Exemplare mit diesen fotokopierten Zeitungs- und Buchausschnitten wurden von akkreditierten westlichen Journalisten und diplomatischen Vertretern ins Land geschafft. Jürgen Fuchs war es, der mit diesen und anderen Aktionen die Verbindung zur oppositionellen und inzwischen herausgedrängten Szene der siebziger Jahre herstellte. Er vermittelte radikale Menschlichkeit und gewann darin im Laufe der achtziger Jahre deutlich an Einfluß auf führende Oppositionelle.

4. *Auf dem Weg in die Bürgerbewegung*

Die Netzwerke, die unabhängigen Gruppen, aber auch andere Gemeinde- und Initiativgruppen fanden erst wieder bei den Aktionen zur Kommunalwahl am 7.5.1989 zusammen. Der Aufruf der „Kirche von unten“, die Kommunalwahlen bzw. die Auszählung der Stimmen in örtlichen Wahllokalen zu beobachten und die eigene Zählung mit den offiziellen Ergebnissen zu vergleichen, wurde schließlich zu einer der wenigen erfolgreichen oppositionellen Aktionen. Der Funke war auf die Bevölkerung übergesprungen. Für die SED war jene Wahl eine Blamage, denn das erste Mal wurde die Wahlfälschung nicht nur behauptet, sondern endlich auch nachgewiesen. Bis zu 10 % betrug die Differenz

zwischen offizieller und oppositioneller Auszählung. Zum ersten Mal wurde der Nachweis geführt, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung nicht von der Nationalen Front und den SED-gesteuerten Blockparteien repräsentiert wurde. Die oppositionellen Gruppen boten sich nun selbst als Plattform für die demokratische Volksvertretung an.

Der Verfasser erinnert sich der anschließenden Diskussionen seit dem Frühsommer 1989; die Sozialisationsfolge Zirkel – Gruppe – Netzwerk mußte abermals weitergeführt werden. Der nächste Schritt in die Opposition gegen die SED mußte mit der Bildung landesweiter politischer Vereinigungen ohne Anlehnung an die evangelische Kirche versucht werden. Die Oppositionellen blieben ihrer Befindlichkeit und Herkunft nach den Gruppen verhaftet und waren nicht in der Lage, wirklich einen breiten politischen Zusammenschluß gegen die SED zu organisieren. Vor diesem Hintergrund erklärt sich heute, warum es zur Gründung verschiedener Bürgerbewegungen und Parteien seit September 1989 gekommen ist. Den Gründern dieser politischen Vereinigungen war wohl bewußt, daß zur Gründung einer oppositionellen Gruppierung eine Programmatik gehört. Die in den überschaubaren Gruppen und Netzwerken gewachsene Kommunikations- und Entscheidungsstruktur konnte aber der machtpolitischen Herausforderung organisatorisch nicht standhalten.

Die Programme der oppositionellen Vereinigungen machten deutlich, daß die Hinwendung der Gruppen und Netzwerke zu den Fragen der Freiheits- und Bürgerrechte sowie der allgemeinen Demokratisierung noch keine endgültige Klärung des Verhältnisses zu sozialistischen Theorien gebracht hatte. Eine erste Gruppe ging schon am 26.8.1989 mit einem Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei, genauer zur Bildung einer Initiativgruppe, die einen Gründungsprozeß einleiten sollte, an die Öffentlichkeit. Die programmatischen Äußerungen waren von dem Ziel bestimmt, „eine ökologisch orientierte soziale Demokratie“ zu bewirken.⁵² Die Verfasser, unter ihnen Arndt Noack und Markus Meckel, vermieden es, von Sozialismus zu reden. Das heißt auch, daß die kritische Auseinandersetzung mit dem bürokratisch-sozialistischen System in der DDR ohne ausdrückliche Ablehnung des leninistisch geprägten Sozialismus geführt wurde. War mit dem Begriff der Sozialdemokratie die Anbindung dieser Gruppierung im Parteienspektrum fortan für jeden deutlich, so verhielt sich dies in der Gründungsinitiative zum „Neuen Forum“ – in bewußter Anspielung auf Robert Havemann in Grünheide Anfang September 1989 entstanden – ganz anders. Das „Neue Forum“, die bedeutendste oppositionelle Vereinigung in der DDR, verzichtete auf jedwede Einordnung in das Rechts-links-Wahrnehmungsmuster und erklärte sich schlicht zur kritischen

52 Zitiert nach: Gerhard Rein, Die Opposition in der DDR, S. 84–87.

Plattform für die Bevölkerung. Im „Neuen Forum“ hatte die Pragmatik Vorrang gegenüber der Programmatik.

„Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen 'Neues Forum'.“⁵³

Was zunächst sehr genau die Stimmungslage und die große Hoffnung auf Veränderung im Land ansprach, wurde seit 1990 zum Problem des „Neuen Forum“. Der notwendige programmatische Feststellungsprozeß riß das Spektrum dieser „Anti-Parteien-Partei“ (ein Wort von Petra Kelly) zunehmend auseinander. Das unklare Verhältnis zum Sozialismus und so gesehen auch der Mangel an kritischer gedanklicher Auseinandersetzung in Fortführung solcher Autoren wie Robert Havemann, Rudolf Bahro, Edelbert Richter, Heino Falcke und Rolf Henrich sowie die Ausblendung der politisch bedingten deutschen Teilung waren die programmatisch-inhaltlichen Schwächen der Bürgerbewegung des Herbstes 1989. Gerade die Ausblendung der deutschen Frage – ganz im Unterschied zum ehemaligen Widerstandskämpfer Robert Havemann – ist aus heutiger Sicht der Tribut einer Generation vergleichsweise junger Oppositioneller, die im Staat der DDR aufgewachsen sind, an ihre Biographie. Daß gerade die SPD in ihrer Gründungsphase an der Zweistaatlichkeit festhielt, war vor dem Hintergrund der politischen Vorstellungen ihrer Initiatoren verständlich. Im Jahr 1987 forderten Markus Meckel und Martin Gutzeit – und darin im Einklang mit Teilen der bundesdeutschen SPD – die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft.

„Die Existenz der beiden deutschen Staaten ist als Ergebnis des zweiten Weltkriegs Folge unsäglichlicher Schuld Deutschlands. Die ganze deutsche Nation muß diese geschichtliche Schuld übernehmen. Die geschieht u. a. in der Anerkennung der beiden Staaten. Das Infragestellen der Zweistaatlichkeit Deutschlands verursacht bei unseren Nachbarn ein Gefühl von Bedrohung und bedeutet eine Destabilisierung der politischen Lage in Europa...

Die gegenseitige gleichberechtigte Anerkennung der Staatsbürgerschaft beider deutscher Staaten wird – so glauben wir – wesentlich zur Normalisierung zwischen ihnen beitragen ...

Im Horizont unserer Geschichte sollten wir versuchen, eine Identität als DDR-Bürger zu finden, um nicht mehr einen europäischen Problemfall darzustellen, sondern gleichberechtigt und schöpferisch an dem Aufbau einer europäischen Friedensordnung teilzunehmen. Die Suche nach der Identität der DDR-Bürger hat so friedenspolitische Relevanz.“⁵⁴

53 G. Rein, a.a.O., S. 14.

54 M. Meckel, M. Gutzeit, Das Recht auf Staats-Bürgerschaft in der DDR. Anregung zu einem notwendigen Gespräch (Informationsblatt).

Auch die in der Gründungsphase inhaltlich einander nahestehenden Vereinigungen „Bürgerbewegung Demokratie Jetzt“ und „Demokratischer Aufbruch – sozial, ökologisch“ führten weder im Blick auf den Sozialismus noch im Blick auf die deutsche Frage eine Klärung herbei. Die kleinen Initiativgruppen, in denen Edelbert Richter, Hans-Jürgen Fischbeck, Wolfgang Ullmann und Ehrhart Neubert das programmatische Denken bestimmten, äußerten sich sowohl unter dem Eindruck der Umgestaltungspolitik Michail Gorbatschows als auch in der Sorge, was der SED jetzt an radikaler Kritik zugemutet werden könnte. Schließlich war es gefährlich und keineswegs abzusehen, welche persönlichen Folgen für Familie und Beruf aus der Gründung dieser Vereinigungen entstehen würden. Im Gründungsaufruf zur Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ vom 12. September 1989 heißt es:

„... Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß...

Die politische Krise des staatssozialistischen Systems der DDR wurde besonders deutlich durch die Kommunalwahlen am 7.5.89. Die Doktrin von der 'moralisch-politischen Einheit von Partei, Staat und Volk', die das von Wahlen unabhängige Machtmonopol rechtfertigen soll, konnte nur noch durch eine Wahlfälschung vor dem Gegenbeweis geschützt werden. 10 bis 20 % der Bevölkerung der großen Städte haben den Kandidaten der Nationalen Front offen ihre Zustimmung verweigert ...“⁵⁵

In ganz ähnlicher Weise heißt es im Gründungsdokument des „Demokratischen Aufbruch“ vom 2. Oktober 1989:

„Die Gesellschaft der DDR befindet sich in einer sozialen und politischen Krise. Das Ansehen unseres Landes hat erheblich gelitten. Die Glaubwürdigkeit des Sozialismus im Inneren ist erschüttert ...

Die 'Einheit von Partei, Staat und Volk' konnte in ihrem Absolutheitsanspruch nur noch durch eine Verfälschung des Wahlergebnisses vom 7. Mai 1989 aufrechterhalten werden.

In dieser Situation verlassen DDR-Bürger massenweise ihr Land. Jedoch gibt es bisher kein Zeichen für eine Verständigung der SED-Führung mit der Bevölkerung.

So wird die Dringlichkeit zu Reform und Erneuerung des sozialistischen Systems in der DDR unausweichlich ...“⁵⁶

Der Sozialismus, von dem die Bürgerbewegungen und die Oppositionellen sprachen, gab es wohl noch in der Wortwahl der Menschen, schon längst aber

⁵⁵ G. Rein, a.a.O., S. 59/60.

⁵⁶ G. Rein, a.a.O., S. 35.

nicht mehr als tragfähige Projektionsfläche für neue gesamtgesellschaftliche Ziele. Am Gründungsabend der „Bürgerbewegung Demokratie Jetzt“, wie sich der Verfasser erinnert, war es eben dieser Vorbehalt, den Konrad Weiß mit der Forderung verknüpfte, zu einer „neuen Einheit des deutschen Volkes“ zu finden. Diesbezüglich sollten sich die beiden deutschen Staaten „aufeinander zu reformieren.“

Die im September 1989 gegründeten politischen Vereinigungen und der etwas später gegründete „Demokratische Aufbruch“ bildeten eine neue Stufe politischer Selbstorganisation oppositionellen Handelns. Die Gründer dieser Vereinigungen waren ohne Ausnahme in den widerständigen Gruppen und Netzwerken widerständigen Handelns verankert. Insbesondere das „Neue Forum“ hatte in der nach dem 7. Oktober aufbrechenden und zunächst wieder von Jugendlichen getragenen demokratischen Volksbewegung eine anleitende Funktion inne. Die eher auf programmatische und inhaltliche Auseinandersetzung fixierte Gruppe „Demokratie Jetzt“ fand an ihrem Gründungsabend das Wort „Bürgerbewegung“. Dieses inzwischen zum soziologischen Terminus erhobene Wort beschreibt die Sozialform des Handelns. Die Bürger in der DDR bewegten sich in verschiedene Richtungen, das Land verlassend, den wahren Sozialismus suchend, die Bürgerrechte einfordernd oder eben einfach nur aufbegehrend gegen die bürokratische SED-Herrschaft. Und die Subalternität, von der Rudolf Bahro sprach, wurde aufgeweicht, eben unter Anleitung der Bürgerbewegungen und des Runden Tisches.

IV. Zusammenfassung

1. Die Entstehung und Entwicklung der DDR-Opposition in den achtziger Jahren kann nicht losgelöst von deren Verhältnis zur Deutschlandpolitik und der deutschen Teilung sowie ihrer geistigen Auseinandersetzung mit dem Marxismus und dem real existierenden Sozialismus betrachtet werden. Gerade dort, wo sich Initiativen deutschlandpolitisch erklärten und zum Sozialismus Stellung bezogen, erhielten sie mehr Sprengkraft und forderten härtere Maßnahmen von seiten der SED und Staatssicherheit heraus, als dies bei sozialetischen und den hohen Werten der Friedens- und Umweltbewahrung verpflichteten Gruppen der Fall gewesen ist. Insbesondere die grenz- und blockübergreifenden Aktionen wurden von seiten der SED als oppositionell eingestuft. Robert Havemanns Forderung, Deutschland müsse in seinen beiden Teilen frei von Atomwaffen *und* frei von der Besatzung durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges werden, fand Eingang in den „Berliner Appell“ vom 25.1.1982, der eine erste programmatische Erklärung der DDR-kritischen Friedensbewegung darstellte. Mit ebensolchen Äußerungen war die SED an ihrem Nerv getroffen, denn allein die deutsche Teilung

erhielt ihr die uneingeschränkte Herrschaft und Vormundschaft über die Bevölkerung des Ostens. Andere Initiativen, die weniger bekannt wurden, entfalteten eine Art „Deutschlandpolitik von unten“: z. B. der Abschluß von „persönlichen Friedensverträgen“, meist zwischen West- und Ostdeutschen; die „Initiative für Blockfreiheit“, datiert auf den 8.5.1985, überhaupt zahllose von Ost- und Westdeutschen organisierte, teils medienwirksame politische Aktionen. Letztlich war es auch diese offene deutsche Frage, die zur Fluchtbewegung vieler DDR-Bürger nach Westen führte und schließlich den schnellen Zusammenbruch des DDR-Systems im Jahre 1989 provozierte. Was den Zusammenbruch beschleunigte, wirkte sich aber auch über die langen Jahre im Sinne einer von der SED kalkulierten Ventilfunktion aus, so daß die Oppositionellen in der DDR wenige und diese wenigen weitgehend isoliert blieben.

2. Die Initiative zur Einrichtung eines „Sozialen Friedensdienstes“ (SoFd), deren erste Aufrufe bereits Ende 1980 in der evangelischen Weinberggemeinde Dresden diskutiert wurden, begründete in mehrfacher Hinsicht den Einstieg in eine auch über die Kirche hinausgehende friedensethische Opposition gegen den bürokratischen Sozialismus in der DDR: Die Friedensdienst-Initiative assoziierte die Praxis bundesdeutscher Gesellschaftspolitik (Ziviler Ersatzdienst) und projizierte sie als Wunschbild in die DDR-Verhältnisse hinein. Die SoFd-Initiative stellte eine für die Auseinandersetzung der achtziger Jahre typische Konstellation her: Jugend und Gruppen in Unterscheidung und Gegnerschaft zur SED und die Kirche als dritte vermittelnde Instanz. Indem die SoFd-Initiatoren und einige tausend Unterzeichner und Sympathisanten einen eigentlich an die Volkskammer gerichteten Vorschlag zunächst in evangelischen Synoden zur Diskussion stellten, schufen sie eine anhaltende Konfliktsituation zwischen selbstorganisierten Gruppen und verfaßter Kirche. Die Kirche richtete das landesweite Seminar „Frieden konkret“ zur Vernetzung, aber auch zur Einflußnahme auf die Gruppen ein. Die Forderung nach einem zivilen Friedens- und Umweltdienst als Alternative zum Wehrdienst wurde seit 1980 regelmäßig wiederholter Bestandteil der Forderungen oppositioneller Gruppen und Persönlichkeiten – von Friedensgruppen der Kirchgemeinden bis hin zur unabhängigen „Initiative Frieden und Menschenrechte“, von Robert Havemann bis hin zu Propst Heino Falcke. Die Forderungen nach einem „Sozialen Friedensdienst“ stammte nicht zufällig aus der Offenen Jugendarbeit der evangelischen Kirche. Diese politische Jugendarbeit um die Pfarrer Christoph Wonneberger, Walter Schilling und andere bildete ein neues Sozialisationsfeld für junge aufbegehrende Menschen aus allen Schichten. Aus dieser 1970 begonnenen Jugendarbeit entstand die Jugendbewegung für den Frieden und gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Die bald nach der Initiative für den „Sozialen Friedensdienst“ entstandene Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ war der vorläufige Höhepunkt dieser Bewegung. Unter dem Ruf „Keine Ge-

walt!“ versammelten sich seit dem 7.10.1989 wieder Jugendliche auf Straßen und Plätzen und gaben damit das Signal für die friedlichen Demonstrationen des Herbstes 1989.

3. Die Offene Arbeit und die spontane Gruppenbildung unter Jugendlichen auf der einen Seite sowie die Zirkel und Lesegemeinschaften Intellektueller auf der anderen Seite konstituierten im Blick auf die achtziger Jahre den geistigen und praktischen Handlungsraum für die Opposition gegen das DDR-System. Gerade in den Zirkeln und Lesegemeinschaften kritischer Geister, die sich in Wohnungen und Kirchgemeinden versammelten, wurden politische Initiativen diskutiert, häufig verworfen und gelegentlich nach außen getragen. Rudolf Bahros Sozialismuskonzeption und seine Wertschätzung autonomer, aber eben kommunistischer Gruppenaktivitäten wurde heftig diskutiert. Andere prägende Denker für die sozialetischen und politischen Gruppen sowie die späteren Bürgerbewegungen (Robert Havemann, Heino Falcke, Edelbert Richter, Rolf Henrich) versuchten, auf ihrer jeweiligen Handlungsebene Positionen eines kritischen Sozialismus verstehbar und attraktiv zu formulieren. Aber auch ihnen ging es ähnlich wie den ca. 2.000 Mitgliedern aus den ca. 200 emanzipatorischen Gruppen: Verbesserungen, mehr Demokratie, Gewaltfreiheit, keine subalterne Einordnung der Menschen und schlicht mehr Menschlichkeit, das heißt Mündigkeit, Würde und Freiheit des einzelnen – das waren (und bleiben) die überzeugenden politischen Zielvorstellungen. Bis hin zu den ersten Erklärungen der Bürgerbewegungen blieb das Verhältnis zum DDR-System und insbesondere zum Sozialismus ungeklärt.

4. Die Sozialisationsprozesse verdeutlichen das wachsende Oppositionspotential in der DDR, wobei auch Rückschläge zu benennen sind. Auf der ersten Stufe finden sich bereits seit den siebziger Jahren die Zirkel der Intellektuellen und die Offene Arbeit der Jugend in der Kirche sowie die Jugendbewegung für den Frieden. Das Scheitern der Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ und der Initiative „Sozialer Friedensdienst“ sowie die Stationierung neuer atomarer Waffen in den beiden Staaten forderten auf einer zweiten Stufe eine thematische Konzentration und Qualifikation heraus. Es organisierten sich Gruppen nach den Themenfeldern Frieden, Ökologie, Frauen, Dritte Welt u. a. Ganz in Unterscheidung zu diesen meist kirchlich geschützten Gruppen traten nun seit 1985 deutlich oppositionelle Initiativen hervor, die die defizitären Freiheits- und Menschenrechte thematisierten – allen voran die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ mit ihrer Zeitschrift „Grenzfall“ und ihren in westlichen Medien gut aufbereiteten Aktionen. Auf dieser zweiten Stufe sozialisieren sowohl Gemeindegruppen als auch unabhängige Gruppen SED-kritisches Denken. Ein weiterer Grad an Selbstorganisation und somit die dritte Stufe in der Sozialisation ist mit den Netzwerken „Kirche von Unten“, „Grünes Netzwerk Arche“, dem Seminar „Frieden konkret“ u. a. gegeben. Umwelt- und Friedensbibliotheken sowie zahlreiche selbstverlegte kritische Zeitungen und

Zeitschriften belegen hier den Grad an Eigenständigkeit der Gruppenszene in der DDR. Die Gruppen bildeten schließlich die Basis für die seit Frühsommer 1989 vorbedachten politischen Vereinigungen bzw. Bürgerbewegungen, die eine erklärte und programmatische Opposition darstellten (vierte Stufe der Sozialisation).

5. Von der Initiative „Sozialer Friedensdienst“ bis hin zur breit angelegten Kontrolle und Beobachtung der Kommunalwahlen am 7.5.1989 baute sich das widerständige Handeln nach und nach auf. Zu den besonders kritischen Momenten für die Opposition gehörten die Erstürmung der Berliner Umweltbibliothek (untergebracht in den Kellerräumlichkeiten einer evangelischen Gemeinde) in der Nacht vom 24. zum 25.11.1987 und die faktische Ausbürgerung führender Oppositioneller (Bärbel Bohley, Vera Wollenberger, Ralf Hirsch, Wolfgang Templin u. a.) nach den Demonstrationsversuchen am 17.1.1988 in Berlin. Diese Verschärfung der Unterdrückung kritischer Gruppen – die eben die Herausbildung einer geschlossenen Opposition verhindern sollte – und die anhaltenden Aktionen von unabhängigen und anderen Initiativgruppen ließen seit 1987 die evangelische Kirche in ihrer Gesamtheit auf Distanz zur SED gehen. Mangelnde Reisefreiheit, das Mauerproblem und fehlende demokratische Wahlen wurden von Kirchenführern vorsichtig angesprochen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Bürgerbewegung bzw. die demokratische Volksbewegung im Herbst 1989 Platz fand zu Fürbitten und demokratischen Foren in den Kirchen beider Konfessionen. Die Gruppen – und von ihnen würde in einer anders verfaßten Gesellschaft nicht soviel die Rede sein müssen – waren der Sozialisationsraum kritischen Denkens in der DDR, da eine sich frei assoziierende Gesellschaft aufgrund der Machtfülle der SED abwesend war. Dieser Sozialisationsnotstand wies auch der Kirche ihre Rolle als Mittlerin zu, wenngleich deutlich festgehalten werden muß: Spontan agierende Jugendliche, Zirkel, Gruppen, Netzwerke, Vereinigungen – und eben darin entscheidend die Gruppen und unter ihnen die zunehmende Thematisierung der Freiheitsrechte des einzelnen – waren neben der Fluchtbewegung nach Westen der Katalysator für die friedliche Revolution in der DDR und den gleichfalls friedlichen Einsturz dieses Staates.

Literatur

Hier wird die in allgemeinen Bibliotheken auffindbare Literatur aufgeführt. Zitiertes Archivmaterial des Verfassers ist in den Anmerkungen oder im Text vollständig angegeben.

R. Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln/Frankfurt am Main 1977

G. Besier/St. Wolf (Hg.): Pfarrer, Christen und Katholiken. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn 1991

- St. Bickhardt (Hg.): Recht ströme wie Wasser. Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung, Berlin 1988
- K. Ehring/M. Dallwitz: „Schwerter zu Pflugscharen“. Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982
- H. Falcke: Mit Gott Schritt halten. Reden und Aufsätze eines Theologen in der DDR, Berlin 1986
- R. Havemann: Die Stimme des Gewissens. Texte eines deutschen Antistalinisten, Hamburg 1990
- R. Henrich: Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus, Hamburg 1989
- R. Hirsch/L. Kopelew (Hg.): Initiative Frieden und Menschenrechte: Grenzfall. Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87), Berlin 1989
- F. Kroh (Hg.): Freiheit ist immer Freiheit... Die Andersdenkenden in der DDR, Frankfurt am Main und Berlin 1988
- G. Rein (Hg.): Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989
- E. Richter: Christentum und Demokratie in Deutschland. Beiträge zur geistigen Vorbereitung der Wende in der DDR, Leipzig und Weimar 1991
- E. Richter: Erlangte Einheit – Verfehlt Identität. Auf der Suche nach den Grundlagen für eine neue deutsche Politik, Berlin 1991

Anhang

Teilhabe statt Ausgrenzung – Wege zu einer solidarischen Lebens- und Weltgestaltung – (Konsenspapier)

Die modernen Industriegesellschaften sind so organisiert, daß die Zerstörung der Umwelt unaufhörlich voranschreitet, die Kluft zwischen den armen und reichen Völkern immer größer wird und die Austragung von politischen Konflikten mit Massenvernichtungswaffen nicht auszuschließen ist. Es droht der kollektive Selbstmord der Menschheit, wenn nicht eine andere Lebens- und Weltgestaltung angestrebt wird. Schritte auf dem Wege der Veränderung sind die Dezentralisierung wirtschaftlicher und politischer Machtballungen, die Förderung von umweltfreundlichen Technologien, die Unterstützung der Abrüstungsbemühungen der Mächtigen, Anstrengungen zur Herstellung einer weltweiten wirtschaftlichen Gerechtigkeit, die Stärkung des einzelnen gegenüber den übergreifenden Machtstrukturen und die Abkehr von einer konsumorientierten Lebensform. Für die Basisgruppen in der DDR sind die wichtigsten Verbündeten in diesem Veränderungsprozeß der Industrienationen die Friedens-, Umwelt-, 2/3-Welt-, Frauen-, Bürgerrechtsgruppen und andere emanzipatorische Gruppen in Europa und Nordamerika. In diesem Umfeld wächst eine andere Kultur, die dem Hang zur Gewalttätigkeit widersteht und menschenwürdige und umweltfreundliche gesellschaftliche Strukturen entwickelt, ausprobiert und durchsetzt. Dieser Aufbruch ruft den Widerspruch und den Widerstand der Etablierten hervor und wird immer wieder zu staatlichem Vorgehen gegen diese Gruppen und zu ihrer gesellschaftlichen Verunglimpfung führen. Wir, die Vertreter dieser Basisgruppen, lassen uns aber auf diesem Wege nicht beirren und erklären:

- 1.1. Durch unsere Gruppen wird moralisch legitimiert eine kritische Öffentlichkeit in der DDR hergestellt, die das Gespräch über notwendige Veränderungen in das gesellschaftliche Bewußtsein hebt.
- 1.2. Die Gruppen haben das Recht, so in der Öffentlichkeit aufzutreten, daß sie die gesellschaftliche Aufmerksamkeit erregen.
- 1.3. Die gesellschaftliche Kraft und der politische Einfluß der Gruppen reicht im Augenblick nicht aus, um kurz- oder mittelfristig gesamtgesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen.
- 1.4. Trotz der Einsicht in die vorläufige Erfolglosigkeit verzichten die Gruppen nicht auf das Ziel einer anderen Kultur. Sie werden sich stärker untereinander vernetzen. Sie suchen Mittel und Wege, um ihren Widerstand und ihr Ziel unübersehbar durch zeichenhaftes Handeln an die Öffentlichkeit zu bringen. Sie lassen sich nicht verführen, gewalttätige Theorien zu entwickeln und in die Tat umzusetzen.
- 2.1. Die Gruppen erwarten, daß die Kirchen Räume zur Verfügung stellen, in denen einzelne und Gruppen ohne Auflagen und trotz unterschiedlicher ideologischer und religiöser Motivation über die notwendigen gesellschaftlichen und persönlichen Veränderungen miteinander sprechen. Sie erwarten, daß die Kirchen Öffentlichkeitsräume bereitstellen, in denen die Gruppen wirksam werden können.
- 2.2. Die Gruppen wünschen in kritischen Situationen, die zu staatlichen Eingriffen führen, von den Kirchen nicht zuerst geheimdiplomatische Bemühungen und Teilnahme der kirchlichen Mandatsträger am Spiel der Mächtigen. Es sollte immer deutlich bleiben, daß sie sich dem Ideengut einer menschenwürdigeren Kultur und ihren Vertretern vorrangig solidarisch verpflichtet fühlen.
- 2.3. Die Gruppen respektieren, daß die gesamtkirchliche Arbeit wichtige Aspekte hat, die nicht im Blickfeld der Gruppen liegen.
- 3.1. In der DDR-Gesellschaft setzen sich die Gruppen dafür ein, daß die krisenhafte Situation der modernen Industriegesellschaften von allen Verantwortungsträgern öffentlich durchschaubar diskutiert wird.
- 3.2. Die Gruppen fordern die pluralistische, demokratische und dezentralisierte Organisation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der DDR.
- 3.3. Die Gruppen fordern den Ausstieg aus Technologien, die irreparable Umweltzerstörungen herausbeschwören. Sie sind bereit, bei der Bevölkerung um Verständnis zu werben, daß die entstehenden Kosten alternativer Entwicklungen von allen getragen werden müssen.
- 3.4. Die Gruppen bemühen sich um den Abbau der konsumorientierten Ziele der sozialistischen Gesellschaft. Sie sind bereit, die Kosten eines gesellschaftlichen Umbaus mitzutragen.

- 4.1. Die Gruppen bejahen jede politische Initiative, die zur allgemeinen Abrüstung führt. Sie unterstützen die Versuche, Atomwaffenfreie Zonen in Europa zu schaffen.
- 4.2. Die Gruppen setzen sich für eine Veränderung der Weltwirtschaftsordnung ein, damit die armen Völker eine Chance erhalten, ihr wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben unter menschenwürdigen Voraussetzungen zu gestalten. Sie beteiligen sich nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten an Initiativen, die diesem Ziele dienen.
- 4.3. Die Gruppen gehen davon aus, daß die Zukunft der Welt davon abhängt, nationale und internationale Krisen nicht durch militärische Gewalt und Interventionen, sondern durch politische Bemühungen zu lösen. Sie werden solche Bemühungen öffentlich unterstützen.
- 4.4. Die Gruppen bemühen sich in der DDR um eine Entmilitarisierung des öffentlichen Lebens, um die Entideologisierung der Bildung und um die Entbürokratisierung des Umganges mit den Bürgern.
5. Um diese Ziele zu erreichen, Forderungen durchzusetzen, mit Enttäuschungen und massivem Druck von unterschiedlichen Seiten leben zu können, brauchen die Gruppenmitglieder Trainingsfelder
 1. zur Einübung der eigenen alternativen Lebensform,
 2. zur Vergewisserung der eigenen religiösen oder ideologischen Motivation,
 3. zur Verarbeitung der eigenen Ohnmachtserfahrungen angesichts staatlichen Zwanges oder angesichts der sehr komplexen und komplizierten Problemlage,
 4. zur Fähigkeit des einzelnen, trotz kontroverser Überzeugungen im kooperativen Gespräch zu bleiben. Die Gruppen stellen diese Trainingsfelder zur Verfügung und verschaffen sich Sachkenntnis, um solche Prozesse helfend zu begleiten.

(„Konsenspapier“ von Hans-Jochen Tschiche zum Basisgruppentreffen „Frieden konkret VI“, Cottbus, 26.2.-28.2.1988)